

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Postfrei ins Haus monatlich 32 M. Einzelverkaufspreis 2,50 M. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 12,00 M. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 11,00 M. Reklamen 45,00 M. Beilagengebühr 1000 Stk. 225 M. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926



Lübecker Volksbote

Nummer 196. Mittwoch, 23. August 1922. 29. Jahrgang.

Der Klassenkampf des Bürgertums. Eine Warnung für alle Proletarier!

Dr. L. Lübeck, 23. August.

„Die Geschichte aller Zeiten und Völker ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ Mit dem 9. November 1918 wurde der Kampf des Proletariats um die Macht an der Oberfläche des deutschen Volkes sichtbar. Jahrzehnte vorher hatte er in der Tiefe sich vorbereitet; zur Auswirkung hatte er deswegen nicht kommen können, weil die ungeheuren Machtmittel des kaiserlichen Staates jede seiner Regungen sofort rücksichtslos erdrückten.

Die Novemberrevolution stieß auf ein durch den langen Krieg behäufertes und durch die große Niederlage enttäuschtes Bürgertum. Widerstand fand sie deshalb kaum; unaufhaltsam marschierte sie von Sieg zu Sieg. Weite Teile der Bourgeoisie suchten ihr Heil in einem Zusammenarbeiten mit der Arbeiterschaft; andere Kreise zogen es vor, entsagungsvoll von der politischen Bühne zu verschwinden. Vorläufig!

Monate zogen ins Land und rundeten sich zu Jahren. Und die Bourgeoisie erhob sich mehr und mehr von ihrer ersten Bestürzung; sie besann sich auf ihre alten Machtmittel und auf den Anhang, den sie immer noch in weiten Kreisen des platten Landes besaß. Und dann wehten einige sinnlose kommunistische Fäustchen neuen Wind in die neugeschwellten Segel bürgerlicher Hoffnung. Man blies zum Sammeln!

Und das ganze Bürgertum fand sich zum Gegenstoß. Auf der ganzen Linie wurden Angriffe eröffnet gegen das Proletariat. Und mit welchen Mitteln kämpfte man!

Mit Verleumdungen der gesamten Arbeiterschaft und ihrer Führer begann es. Erst erglückte man von den Arbeiter- und Soldatenräten die tollsten Märchen. Dann kamen die bekannten „Witze“ über Ebert und Scheidemann. Von der Unerfahrenheit der Arbeiter wurde gesprochen, von ihrer hohen Löhnen und ihrer Verschwendungssucht. Die läghafte Arbeiterfrau, die für Hunderte von Mark Süßigkeiten kaufte, wurde einer der beliebtesten Gesprächsstoffe bürgerlicher Damen, wenn sie bei Torte und Schlagobai über die schlechten Zeiten redeten. Der Schieber und Kriegsgewinnler wußte bei seinen Weinlischen keine angenehmere Unterhaltung als den Achtstundentag, der an allem Unglück schuld sei. Und die „vornehmen“ Jünglinge des Bürgertums schimpften bei ihren kostspieligen Vergnügungen von früh bis spät auf die „jungen Arbeiterbengel“, die sich herausnehmen, auf den Tanz zu gehen und Zigaretten zu rauchen.

Alles das wurde zum politischen Glaubensdogma des gesamten Bürgertums; und selbst weite proletarische Schichten, wie Beamte und Angestellte, sangen diesen einiönigen Sang politischer Verleumdungsheke mit. Damit war — unter der Oberfläche noch — eine bürgerliche Einheitsfront hergestellt. Und nun ging man weiter!

Man ließ an allen Führern der Arbeiter kein gutes Haar; man verbreitete über sie die lächerlichsten Behauptungen und Gerüchte. Und man lachte, wenn hier und dort ein Arbeiter daran glaubte. Besonders die „unpolitische“ Presse träufelte Gifttropfen auf Gifttropfen in die Massen ihrer ungehulften und geduldig gläubigen Leser. Gibt es eine Schandtat, die man Ebert nicht nachgesagt hätte, oder deren Scheidemann nicht verdächtigt worden wäre? Und mancher Proletarier wurde einen Augenblick irre; manche Arbeiterfrau stutzte und wußte nicht mehr, was sie glauben sollte.

Darauf aber hatte das Bürgertum schon lange gewartet. Noch immer wird esgetrieben von seinen alten Instinkten, der Raffgier und der Herrschsucht. Noch hat es seine beiden großen Leidenschaften: Geldverdienen, Geld-

verdienen mit allen Mitteln, und herrschen, herrschen über Untergebene im Haus, in der Fabrik und im Staat!

Die schon seit Jahren unter der Oberfläche hergestellte Einheitsfront der Bourgeoisie wird jetzt auch am politischen Himmel sichtbar. Unter den beiden Bannern der Profitgier und des Willens zur Herrschaft bereiten die bürgerlichen Parteien, sämtliche bürgerlichen Parteien eine Arbeitsgemeinschaft vor. Sie treten zum Gegenstoß an; sie stehen mitten drin im Klassenkampf des Bürgertums gegen das Proletariat.

Während im geheimen die Verleumdungsheke gegen alles Sozialdemokratische weitergeht, hat öffentlich ein gewaltiger Feldzug begonnen gegen den theoretischen Sozialismus, gegen den Marxismus. Bis in die kleinsten Provinzblätter werden Artikel veröffentlicht, die die ältesten und dümmsten Vordenker gegen die marxistische Lehre verbreiten. Man spricht zehns-, ja hundertmal von der Zersetzung und der Ausschöpfung des Marxismus und des Sozialismus. Und man ist damit eingetreten in eine gebamt-bürgerliche Kampfbewegung, die nichts anderes ist als der Gegenstoß zum Freiheitskampf des Proletariats: die Klassenkampf des Bürgertums. Ueber kurz oder lang muß diese bürgerliche Bewegung in einen politischen Block aller Antisozialisten ausmünden. Und dann wird sich am politischen Horizont wieder klar und deutlich die Formel abheben: die Ausbeutertum — die Proletariat!

Ausgefochten wird dieser Kampf schon jetzt — in dem Kampf um die demokratische Republik. Diese Staatsform war seit je das Ziel der Arbeiterbewegung, selbst für die Forderung des jungen Marx, die Diktatur des Proletariats, galt sie als die eigentliche und spezifische Erscheinungsform. Die Arbeiterklasse ist die demokratische Republik mehr als die Form der Staatsmacht; sie ist gleichzeitig der Boden, auf dem die Arbeiterschaft einzig und allein den Klassenkampf des Bürgertums abwehren kann. Die demokratische Republik ist heute für das Proletariat der einzige Schutz gegen die völlige Wiederherstellung der Ausbeutungs- und Befehlsgewalt des Bürgertums. Die demokratische Republik ist gleichzeitig der Kampfplatz, auf dem die sozialistischen Parteien die Entwicklung der Wirtschaft im Sinne des Sozialismus weiter treiben können.

Die Einigung des Proletariats drängte sich hier auf! Die Verhältnisse haben sie — aus obigem ersichtlich — erzwungen. Sie mußte kommen, so oder so! Entbrannte der Kampf um die Republik, und setzte der bürgerliche Klassenkampf ein, so war die Zeit der Spaltung im Lager der Arbeiter endgültig vorbei. Dann konnte die Parole nur noch heißen: Einigung oder Niederlage!

Warnung für alle Proletarier muß es sein! Die Einstellung auf Kampf ist nötiger als je. Fast sieht es aus, als ob die nächste Zeit die Entscheidung bringen müsse über den Erfolg oder den Mißerfolg der deutschen Revolution. Der Kampfstraf der arbeitenden und hungernden Millionen ist heute wieder wie vor 4 Jahren: „Freiheit und Brot“. Und er wird es noch lange sein, solange, bis dem Bürgertum der letzte Gedanke an seinen „Klassenkampf“ ausgetrieben sein wird. Bis die roten Fahnen des Sozialismus über einer glücklichen Menschheit friedlich flattern werden.

Bis dahin hat jeder Proletarier, jeder Arbeiter, Beamte, Angestellte und auch jeder kleine Handwerker und Geschäftsmann seine Pflicht zu tun. Im Dienste der Arbeit, im Dienste der Republik, im Dienste des Sozialismus!

Bayernkundgebung in Berlin.

Berlin, 23. August.
In den überfüllten Kammerjalen veranstaltete gestern die Liga Junge Republik und die Deutsche Liga für Menschenrechte eine Volksversammlung mit dem Thema „Bayern und das Reich“. Herr v. Gerlach führte dazu aus: Selbst diese bayrische Regierung genießt den Schutz des Schutzgesetzes der Republik, das sie bekämpft. Bayern ist die Zufluchtsstätte von Preußen besonderer Art, die als der schlimmste Bazillus in der bayrischen Seele betrachtet werden müssen. In Bayern richten sich viele Bemüht auf die Trennung vom Reich ein und halten die Zeit der Vollendung des großen Kraftwerkes für den gegebenen Zeitpunkt der Loslösung. — Major Miller-Brandenburg verlangte danach in einem längeren Vortrag die Reform der Reichswehr. Aus dieser seien alle republikanischen Offiziere planmäßig entfernt worden. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen besteht nicht die mindeste Aussicht, daß ein republikanisches Offizierkorps, geschweige denn eine republikanische Truppe entstehen kann. Dann hielt Hauptmann Schühlinger aus München, der inzwischen eingetroffen war, den Hauptvortrag über Bayern. Er legte dar: Uns Republikanern, die wir auf Vorposten in dem reaktionärsten Teile des Reiches stehen, erfüllt es mit Schmerz und Verzweiflung, daß der Kampf für die Republik in Bayern so schwer ist. Mer dort als Republikaner kämpft, muß es sich gefallen lassen, daß er dauernd mit Niedertrüben und Beschimpfungen in der Presse und durch Verleumdungen ausgehet ist. Unser Verbrechen ist, daß wir alljährlich hinter die Fassade: „Nie wieder Krieg!“ treten und daß wir verfassungstreue Republikaner sind. Unsere Gegner in Bayern sind nicht die bayrischen Bauern, sondern die Bayern verleumdenden preussischen Junker. Wie republikanisiert Bayern? Der Dolchstoß gegen die Republik kam von München aus in jeder Nacht erfolgen. Die Gefahr wird hier ganz entschieden unterschätzt. Ungeheure Massen lassen sich von demagogischen Antisemiten hinter die Fahne des Hakenkreuzes spannen. Eine verantwortungslose Pressefelle träufelt täglich Gift gegen das Reich unavusegeseht in die bayrische Volkseele. Rupertus rex kann innerhalb 24 oder 48 Stunden in München einziehen. Wir Republikaner sind aber dennoch entschlossen, die Loslösung Bayerns vom Reich, nötigenfalls mit Waffengewalt, zu verhindern. Ein Münchener Rechtsausfall würde am zweiten Abend erledigt sein; dafür ist gesorgt. (Stürmischer Beifall.) Dieser Zusammenstoß muß vermieden werden. Bayern braucht eine lebensfähige republikanische Presse, ferner eine verstärkte republikanische Propaganda und Unterbindung der frechen Propaganda und Verhetzung, die ständig von der Familie Mittelbach ausgeht. Bayern kann und muß republikanisiert werden, sonst gibt es kein Ende der Konflikte. — Die Rede Schühlingers, die immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochen wurde, wackte am Schluß minutenlangen stürmischen Beifall. Trotz der Erregung der Versammlung kam im Verlaufe der sehr lebhaften Diskussion auch ein Gegner zu Wort.

Litauen fordert das Memelgebiet.

Paris, 22. August.
Der litauische Minister Surzits hat eine Note in Verantwortung der letzten Note der Völkervertragskonferenz bezgl. der Anerkennung Litauens de jure an den Vorstehenden Poincaré gerichtet, in der es heißt: Die litauische Regierung hat mit großer Genugtuung die Note der Völkervertragskonferenz bezgl. des Beschlusses der französischen, englischen, italienischen und japanischen Regierungen, die litauische Regierung de jure anzuerkennen, begrüßt. Die litauische Regierung spricht die Überzeugung aus, daß nach der Anerkennung keine Hindernisse mehr für den Anschluß des Memelgebietes an Litauen bestehen werden. Die litauische Regierung erinnert mit Dankbarkeit an die Note der alliierten Mächte an die deutsche Delegation der Friedenskonferenz vom 16. Juni 1920, in der seitens der Alliierten erklärt wird, daß „das erwähnte Gebiet stets litauisch war“ und daß das Memelgebiet „den Alliierten und den Vereinigten Staaten in Obhut gestellt wird, bis das Statut des litauischen Staates festgestellt wird“.

Die Altersgrenze für Reichsbeamte.

Dem Reichstag wird in den nächsten Tagen der Entwurf eines Gesetzes über die Einführung einer Altersgrenze für Reichsbeamte zugehen. Das Gesetz will, wie der „Soz. Parlamentsdienst“ mitteilt, den Paragraph 60 des leider immer noch in Kraft befindlichen Reichs-Beamtengesetzes von 1878 in der Weise ändern, daß Reichsbeamte mit dem auf die Vollendung des 65. Lebensjahres folgenden 1. April oder 1. Oktober in den Ruhestand versetzt werden. Für die richterlichen Reichsbeamten sollen die genannten Termine nach der Vollendung des 68. Lebensjahres in Betracht kommen. Hinter dem Paragraph 60 soll ein neuer Paragraph eingefügt werden, der die Versetzung in den Ruhestand um ein Jahr hinauszieht, wenn besondere Interessen des Reiches die Fortführung der Dienstgeschäfte durch einen bestimmten Reichsbeamten erfordern. Die Reichsbeamtenorganisationen sollen noch im Laufe dieser Woche gutachtlich über den Entwurf gehört werden. Die gewerkschaftlichen Organisationen werden im allgemeinen mit dem Gesetzesentwurf einverstanden sein können. Er bringt dem Nachwuchs in der Beamtenenschaft mehr Ausfühen planmäßige Stellen zu besetzen, als das augenblicklich der Fall ist. Außerdem dürfte auch die Verjüngung des Beamtenkörpers und damit die Demokratisierung der Verwaltung erheblich befördert werden.

Berliner Reparationsverhandlungen.

SPD. Berlin, 22. August. (Drahtbericht.)
Die Verhandlungen der Regierung mit den in Berlin weilenden Vertretern der Reparationskommission sind im Laufe des Dienstags fortgesetzt worden. Reichsfinanzminister Dr. Hermes unterrichtete die Herren Bradbury und Macleere eingehend über die deutsche Finanz- und Wirtschaftslage. Im Auftrage der Reichsregierung hat er in seinen Vorträgen kein Hehl daraus gemacht, daß die auf der Londoner Konferenz von Frankreich offiziell beantragten Garantien für ein Moratorium unannehmbar sind und daß auch sonstige Goldgarantien unter den augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands nicht getragen werden können. Am Nachmittag sprachen die ausländischen Delegierten beim Reichskanzler vor, um ihn von ihren bisherigen Eindrücken und ihren Absichten Mitteilung zu machen. Diese Unterredung wird Mittwoch, vormittags 10 Uhr, Gegenstand einer Chefbesprechung in der Reichskanzlei sein.
Der bisherige Verlauf der Besprechungen läßt erwarten, daß sich Sir Bradbury und das französische Mitglied des Garantiekomitees vor Sonntag jedenfalls nicht nach Paris zurückgeben werden.

Bundeskanzler Dr. Geipel in Berlin.

Oesterreichs trostloses Ende.

Der deutsch-österreichische Bundeskanzler Dr. Geipel ist Montag nachmittag in Berlin eingetroffen, um auch mit dem Reichskanzler Dr. Brüning über die drohende Katastrophe seines Heimatlandes zu beraten. Vorher war Dr. Geipel in Prag und einem offiziellen Bericht der tschechoslowakischen Regierung ist zu entnehmen, daß der Ministerpräsident Dr. Beneš den Bundeskanzler wiederum auf den Völkerbund verwiesen und lediglich versprochen hat, beim Völkerbund und bei denjenigen Großmächten, die sich für Deutsch-Österreich interessieren, sein Fürsprecher sein zu wollen. Ausdrücklich heißt es in der Prager Meldung, daß die Lösung der mitteleuropäischen Frage nur schrittweise und pfangemäßig erfolgen könne.

Dr. Geipel hat diese Reise nicht mit einem festen Programm angetreten. Er geht nach Prag und Rom, um die Gefahr eines Zusammenbruchs Deutsch-Österreichs für die angrenzenden Länder zu betonen und er reist zwischendurch nach Berlin, weil es ihn reizt, auch mit dem einzigen Reiche gleichen Stammes die gemeinsame Not zu besprechen. Darauf wird insbesondere die Partei der Großdeutschen hingewirkt haben, die mit den Christlichsozialen des Dr. Brüning zusammen die Regierung bildet. Mehr als eine Aussprache kann die Berliner Zusammenkunft nicht sein. Die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem Reiche ist in Versailles und Saint Germain mit drohender Gefahr verhandelt worden, es mußten sogar nachträglich noch aus den Verfassungen alle Bestimmungen gestrichen werden, die die Vereinigung vorbereiten sollten und weniger als je ist in diesem Augenblick daran zu denken, daß die Entente lären Widerstand ausgeben wird. Ja, für Frankreich wäre zweifellos ein elementarer Anschlag Deutsch-Österreichs, wie er aus der Bergweisung des deutsch-österreichischen Volkes hervorgehen könnte, nur die willkommene Gelegenheit, zu allem anderen noch neue Zwangsmaßnahmen gegen das deutsche Volk zu ergreifen.

Als man in Versailles und St. Germain die Welt neu unter sich verteilte, da legte man den Kopf eines 50-Millionen-Reiches auf den Kinderkörper eines 6-Millionen-Volkes und nicht genau damit, schlug man diesem kläglichen Gebilde, Oesterreich genannt, noch eine Anzahl unentbehrlicher Gliedmaßen und Organe weg. Unter dem Vorwand der Entmännung und Reparation raubte man dem Kinde die Taschen aus, man zerstörte rein mutwillig eine ganze Anzahl von Produktionsstätten und als dieser „Staat“ auf dessen bergigem Boden nur wenig wachsen kann, nicht leben konnte, überließ man ihm ab und zu einen Almosen. Ein Strom von Schiefern in Uniform und Zivil überflutete das Land und tat das Seine dazu, die Preise noch über die Geldentwertung hinaus in astronomische Höhen zu treiben. Kreditverprechungen wurden immer wieder gegeben, aber nur in gerinotügigem Umfang geschnitten und die Anleihe von 15 Millionen Pfund, die zur Gründung einer neuen Währung und vermutlich zur Gesundung des Landes ausreichen würde, hat man auf der Londoner Konferenz nicht erwährt, sondern zur Prüfung an den Völkerbund verwiesen. Die Gründung der neuen Notenbank ist wiederum verzögert worden, weil die englischen Herren der Anglo-Bank und die französischen Herrscher der Caisse de Paris, unbestimmt um die bedingungslose Rückgabe dieser Banken und um die vom Hauptausgang des Nationalrates bereits genehmigten Sanktionen, der Notenbank neue Bedingungen für ihren Anzeil an dem einzuhebenden Kapital stellen. Die Regierung Geipel hat ihre Tätigkeit mit einem großen Finanzprogramm begonnen, dessen Erfolg aber noch bezweifelhaft ist. Schon vernichtet ist die hundert Millionen Papierzirkulation, die in Österreich noch länger als bei uns, daß in Ländern mit fallender Rulwa Besteuerungen in Papiergeld eine wertlose Werbung sind.

Es ist möglich, daß die Tschechoslowaken noch einige hundert Millionen ihrer Kronen flüssig macht — natürlich nicht ohne Gegenleistung — und daß auch Italien sich zur Herabgabe von Geld bereit findet. Ohne gründlichen organischen Aufbau, zu dem eben 15 Millionen Pfund erforderlich sind, ist keine Lösung möglich. Deutschland muß selbst an Händen und Füßen gefesselt, die schiefe Ebene in den Abgrund hinabrollend, ziellos zusehen, was den Sündern im Süden geschieht. Wenn man uns aber zurecht, uns doch um die Aufnahme in den Völkerbund zu bemühen, so wird es die schlechteste Unterstüttung dieser Agitation sein, wenn das Volk eines Völkerbundes — das ist Deutsch-Österreich — auf das russische Hungerniveau herabgedrückt wird. Nicht ohne Grund sagt die Wiener „Arbeiterzeitung“ in ihrer Betrachtung zur Reise Dr. Geipels, daß die im Artikel 88 des Statuts von Saint Germain festgelegte „Unabhängigkeit“ Oesterreichs es nicht verpflichten kann unabhängig zu verleben.

Einigung der deutschen Sozialdemokratie Polens.

SPD. Katowitz, 21. August.

Am Sonntag tagte in Katowitz ein Einigungsparteitag der deutschen Sozialdemokraten Polens, an dem Delegierte aus Pommern, Lodz und Bielez teilnahmen. In der fast einstimmig angenommenen Resolution heißt es:

„Der Einigungsparteitag begrüßt den Zusammenbruch des deutschen Proletariats zu einer selbständigen Partei. Die Partei steht allen irrenden Bestrebungen fern und verurteilt diese aufs schärfste. Sie steht nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes und steht ihre Hauptaufgabe darin, den Kampf gegen die Reaktion in Polen mit allen anderen proletarischen Parteien, die auf dem Boden der gleichen Taktik stehen, gemeinsam zu führen. Sie konzentriert die Parteileitung alle Schritte zu unternehmen, um möglichst rasch den Zusammenbruch aller sozialistischen Parteien Polens herbeizuführen. In Gemeinschaft mit diesen Parteien will die deutsche Sozialdemokratie Polens das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf kulturellem Gebiet fördern und seine Mittel fördern, um für die Rechte der Minoritäten einzutreten, und diese zu erkämpfen. In sozialpolitischer Hinsicht bezieht die Konferenz die deutsche Sozialdemokratie Polens soll dahin wirken, daß die in Katowitz beschlossene politische Sozialdemokratie auf das ganze Gebiet der Wojewodschaft Schlesien ausgebeht wird.“

Die Reize der deutschen Unabhängigen und der Reichstagssozialdemokratie haben sich mit der Vereinigung der deutschen Sozialdemokraten Polens wieder in einer Partei zusammengeschlossen. — Vorsitzender der deutschen Sozialdemokratie Polens ist der Genosse Komol, Redakteur am „Sozialwille“, Katowitz.

Judenverfolgung in Oberschlesien.

RU. Katowitz, 22. August.

Die wachsende Furchung in den an Polen abgetretenen Gebieten Oberschlesiens hat gestern und heute morgen zu Ausschreitungen geführt, die den Charakter von Judenverfolgungen tragen, und waren gerichtet gegen die aus Galizien und Polen zugewanderten Offiziere. Südtische Händler wurden durch die Straßen gejagt und verurteilt, auch einige Lebensmittelgeschäfte wurden geplündert. Nach Kattowitz trat Ruhe ein. Heute vormittag kam es erneut zu Judenverfolgungen, besonders in den Stadtteilen, wo keine Polizei anwesend war.

Die ostgalizische Frage.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Bei dem Ueberfluß an Verträgen zweifelhaften Wertes, mit denen Europa seit Kriegsende beglückt worden ist, ist es ein Kuriosum, daß kein rechtsgültiger Vertrag die staatsrechtliche Zugehörigkeit Galiziens regelt. Dies gilt nicht etwa nur für Ostgalizien, über das sich der Oberste Rat die Bestimmung vorbehalten hat, sondern für ganz Galizien überhaupt; denn der Vertrag von St. Germain vom 10. September 1919 verpflichtet Oesterreich nur, auf die ihm abgenommenen Gebiete zu verzichten und die Entscheidung der Entente hierüber anzuerkennen. Den Vertrag von Sevres aber vom 10. August 1920, in dem die Entente die Grenzlinien der österreichischen Successionsstaaten festlegt, hat Polen nicht unterzeichnet, weil in diesem Vertrag von einer Grenzlinie zwischen Polen und Ostgalizien die Rede ist.

Nun wird freilich niemand trotz dieses formellen Mangels jemals die polnischen Ansprüche auf Westgalizien in Frage stellen. Anders steht es mit Ostgalizien. Hier hatte der Oberste Rat bereits am 21. November 1919 einen Vertragsentwurf über die staatliche Organisation Ostgaliziens angenommen. Danach sollte Polen unter Kontrolle des Völkerbundes auf 25 Jahre ein Mandat über Ostgalizien erhalten, wobei Ostgalizien eine weitgehende Autonomie mit eigenem Landtag zugesichert war. Der polnischen Regierung glückte es jedoch mit Hilfe Clemenceaus eine Suspendierung dieses Beschlusses des Obersten Rates zu erreichen.

In Polen weiß man wohl, daß man nur im faktischen, aber nicht im rechtlichen Besitz Ostgaliziens ist, und die Theorie, man habe im Bolschewikentrieg im Jahre 1920 Ostgalizien neu erobert, womit das Verfügungsrecht des Obersten Rates erloschen sei, hat noch kein polnischer Außenminister zu vertreten gewagt. Wohl aber bemühte sich S i m u n t vor und während der Konferenz von Genua, den Westmächten eine Regelung der ostgalizischen Frage im polnischen Sinne nahezu legen, ohne daß etwas Entscheidendes erfolgte. Jetzt aber ist durch die für den November d. J. ausgeschriebenen Wahlen zum polnischen Sejm die ostgalizische Frage aktuell geworden. Denn man befürchtet — und eine englische Warnung in dieser Richtung soll vorliegen — daß die Entente gegen die Vornahme dieser Wahlen in Ostgalizien Einspruch erheben wird. Daher ist es gegenwärtig die wichtigste Aufgabe und das eifrigste Bemühen des nach zweimonatiger Krisis zustande gekommenen Kabinetts N o w a k, eine Regelung dieser Frage vor den Sejmwahlen herbeizuführen, wozu nötigenfalls diese Wahlen noch um einige Wochen verschoben werden sollen. Der Plan des neuen Ministerpräsidenten läuft darauf hinaus, durch ein besonderes Gesetz für Wojewodschaften mit gemischter Bevölkerung eine kulturelle Autonomie der ostgalizischen Ruthenen und gewisse Rechte für den Gebrauch der ruthenischen Sprache und die griechisch-unter Kirche durchzuführen. Dieses Gesetz soll dann den Ententemächten als Beweis dafür präsentiert

werden, daß Polen die ostgalizische Frage bereits in gerechter und selbstloser Weise gelöst hat, wobei einige ukrainische Renegaten und der mit polnischem Gelde erscheinende ukrainische „Ridnyi Kraj“ als Kronzeugen dienen sollen. Ob dieser Plan gelingt, steht heute noch dahin. Wohl aber drohen die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der polnischen Parteien über die ostgalizische Frage und die Zulässigkeit einer Verschiebung des Wahltermins dem Kabinetts Nowak mit einer nicht zu unterschätzenden inneren Gefahr.

Inmerhin wird aber Polen Ostgalizien in der einen oder anderen Form behalten, d. h. tatsächlich seine Annexion Ostgaliziens aufrecht erhalten. Man weiß auch in Polen ganz gut, daß die Entente gar nicht in der Lage ist, Polen zu einer Herausgabe Ostgaliziens zu zwingen. Außerdem ist zurzeit niemand vorhanden, an den Ostgalizien übergeben könnte. So werden wohl die Verhandlungen Polens mit der Entente darauf hinauslaufen, daß den Ruthenen einige Autonomiegarantien auf dem Papier gegeben werden.

Damit eröffnet sich aber den Ruthenen selbst für die nächste Zukunft ein sehr trüber Ausblick. Das Regiment, das die Polen in Ostgalizien wie überhaupt in ihren östlichen Grenzmarken führen, ist das brutalste nationale Unterdrückung, wobei der Unterdrückung des Ukrainertums, die Befolgung der unierten Kirche, die tatsächlich die Nationalkirche der ostgalizischen Ruthenen geworden ist, parallel geht. Man braucht beispielsweise, um ein Bild von der polnischen Herrschaft in Ostgalizien zu bekommen, nur einmal die Denkschrift ukrainischer Studenten an den Völkerbund zu lesen, die darüber klagt, daß den Ukrainern das Studium in ihrem eigenen Lande unmöglich gemacht worden ist, da bei der Immatrikulation der Nachweis des polnischen Staatsbürgerschaft und des polnischen Heeresdienstes verlangt wird. Die Denkschrift beginnt: „Das Leben der ukrainischen Bevölkerung in Ostgalizien ist unerträglich, nicht nur deshalb, weil heute tatsächlich dort weder eine Freiheit der Person noch der Sprache, noch des Geistes besteht, sondern vor allem weil die Befriedigung der einfachsten leiblichen und geistigen Bedürfnisse unmöglich gemacht wird.“ Bekanntlich ist aus diesem Grunde auch die Errichtung einer ukrainischen Universität in Prag erfolgt, die den Polen ein Dorn im Auge ist und eine der Schwierigkeiten bildet, die der tschechisch-polnischen Annäherung im Wege stehen.

Daß den Polen trotz allen Drucks und trotz aller Ansiedlung polnischer Soldaten, die sie auch in den übrigen Grenzmarken betreiben, eine Polonisierung Ostgaliziens gelingen sollte, ist unwahrscheinlich. Die Gefahren, die in der ostgalizischen Politik Polens für Polen selbst liegen, hat die Polnische Sozialistische Partei erkannt, die territoriale Autonomie Ostgaliziens fordert. Doch dürfte sie damit nicht durchdringen. Die verfehlte Ostmarkenpolitik Preußens sollte in diesen wie in anderen Fragen für Polen eine Lehre sein. Aber was schon Hegel sagt, bleibt auch hier wahr: Aus der Geschichte lernen wir, daß wir aus ihr nichts lernen.

Kartoffeln aus Polen?

SPD. Ein Konjunktium, dem große Wirtschafterverbände angehören und das auch von den Gewerkschaften unterstützt wird, bemüht sich um einen großen Transport polnischer Kartoffeln für Deutschland, der insbesondere den großen Industriestädten zugeführt werden soll. Es handelt sich insgesamt um eine Million Tonnen, doch kann sich diese Liefermenge nach Möglichkeit noch erhöhen. Mit diesem Unternehmen wird beschäftigt, preisregulierend auf dem deutschen Kartoffelmarkt zu wirken. Als Gegenleistung soll der polnischen Landwirtschaft künstlicher Dünger geliefert werden. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, dürften aber in den nächsten Tagen zu einem guten Ergebnis führen.

Sittstand in der Groß-Hamburg-Frage.

SPD. Berlin, 22. August. (Drahtbericht.)

Da die Verhandlung zwischen Preußen und Hamburg in der Groß-Hamburg-Frage immer unheiliger wird, beschäftigt man, das preussische Staatsministerium für Groß-Hamburg am 30. September eingeleitet zu lassen. Das preussische Staatsministerium soll neben den laufenden Gesetzen auch die Angelegenheit Groß-Hamburg bearbeiten. Eine Veränderung der Politik Preußens wird, wie berichtet wird, dadurch nicht erfolgen, da die Tätigkeit des Staatskommissars Dr. S u d e t u m in diesem Unternehmen mit der preussischen Regierung erfolge.

Tagung der S. P. D.-Beamten.

SPD. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei beruft zum Parteitag am 8. September 1922 den Reichsbeamtenbeirat zu einer Tagung nach Berlin. Es gilt Stellung zu nehmen zu den großen Fragen, die die sozialdemokratische Beamtenenschaft heute beschäftigt. Der Leiter der Beamtenzentrale der S. P. D., Genosse Hermann Waeger, wird über das Beamtensprogramm der S. P. D. referieren. Genosse Jaffenberg vom Allgemeinen Deutschen Beamtensbund spricht über „Die Entwicklung des Beamtentags“. Die Mitglieder des Reichsbeamtenbeirats werden besonders eingeladen. Bezirke, die nicht direkt vertreten sind, können Sachfragen aufordern, ihr Vertreter, der auf eigene Kosten entsandt werden muß, kann mit vollem Verrichtungsrecht an den Verhandlungen teilnehmen.

Riesenbrand der Anhalter Fahrzeugwerke.

RU. Dessau, 22. August. (Schlesien.)

In der vergangenen Nacht sind die Anhalter Fahrzeugwerke A. G. Sonz durch ein riesiges Schadesfeuer zum Teil zerstört worden. Die Werke befaßten sich in der Hauptsache mit der Herstellung von Motorrad-Anhängewagen und waren bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. 200 Arbeiter sind parat beschäftigt.

Nordenfluge gegen Krull.

Gegen den Kandidat a. D. Krull, der kürzlich wegen des Diebstahls der Ufa, die Rosa Luxemburg bei ihrer Ermordung um, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, ist jetzt das Strafverfahren wegen Mordes wieder aufgenommen worden. Gegen Krull hatte schon einmal ein Ermittlungsverfahren wegen

keiner Beteiligung an der Ermordung Rosa Luxemburgs geschwebt, dieses war aber „wegen Mangels an Beweisen“ eingestellt worden. Die Sache ist dadurch erneut ins Rollen gekommen, daß der „Vorwärts“ vor einigen Monaten die Aussagen des Jägers Runge veröffentlichte, der mit aller Bestimmtheit Krull als den Mann bezeichnet hat, der den tödlichen Schuß auf Rosa Luxemburg abgegeben hat. Runge ist dieser Tage als Zeuge vor die Staatsanwaltschaft geladen worden, ebenso sind die meisten Zeugen wieder vorgeladen, die seinerzeit in dem Militärgerichtsprozeß gegen die Mörder vernommen worden sind.

Der Deutschnationale Mörder.

Ueber die Personalien des Rathenau-Mörders Ingenieur Fischer wird der „Welt am Montag“ von unterrichteter Seite folgendes mitgeteilt:

Fischer war früher Zeitfreiwilliger, hat sich bei dem „Selbstschutz“ in Oberschlesien beteiligt, war zeitweise Ortsgruppenleiter des Verbandes nationalgesinnter Soldaten in Chemnitz, besaß eine Auszeichnung der Marinebrigade Ehrhardt. Zur Zeit der Morde gehörte er folgenden politischen Organisationen an: Deutschnationale Volkspartei, deutschnationale Studentengruppe, Verband nationalgesinnter Offiziere, deutsch-polnischer Schutz- und Trutzbund, deutsch-polnischer Turnverein „Bater Jahn“.

Nichtsdiesweniger werden die Deutschnationalen öffentlich so tun, als ob sie mit dem Rathenau-Mord und den Mördern nichts gemein hätten.

Die Arbeitsgemeinschaft der Soz. Reichstagsfraktionen hat den Reichsarbeitsminister ersucht, dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages, gemäß dem Ermächtigungsgesetz, schleunigst eine Vorlage zur Erhöhung der Bezüge der Sozialrentner zugehen lassen. Das Gesuchen wird mit der fortgeschritten Entwertung der Mark und der damit steigenden Not der Sozialrentner begründet.

Bürgermeister Genosse Dr. Caspari-Brandenburg, der vor wenigen Wochen zum Landeshauptmann der Grenzmark gewählt wurde, ist jetzt vom preussischen Innenminister befristet worden.

Eine Vertretung der Bauarbeiter international bestehend aus je einem Engländer, Franzosen, Belgier und Deutschen wird sich entsprechend einem Beschluß des internationalen Bergarbeiterkongresses von Frankfurt am Main demnächst nach Paris begeben, um der Reparationskommission Bericht über die deutsche Kohlenlage zu machen. Die Bergarbeitervertreter treffen vorher im Bochum zusammen, um das deutsche Material zu prüfen und zusammenzustellen. Der Zweck dieser Aktion ist eine Erleichterung der Bestimmungen über die Lieferung deutscher Reparationskohle zu erzielen.

Die Patriische Regierung hat die Reichsregierung am Dienstagabend davon in Kenntnis gesetzt, daß sowohl sie als auch die Koalitionsparteien des bayerischen Landtages dem Ergebnis der letzten Rücksprache in Berlin zugestimmt haben. Die Patreiarordnung der bayerischen Regierung wird jedenfalls noch am Mittwoch aufgehoben werden. Damit ist der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich erledigt. (Ueber den Inhalt des Abkommens verläuft, bezeichnend genug, nichts. Reb.)

Erfolg der britischen Arbeiterpartei. In den Londoner Wahlen South Hackney siegte bei der Nachwahl zwar der Kandidat der Koalition gegen den Arbeiterkandidaten, der um 72 Stimmen zurückblieb, doch die über 9000 Stimmen des Arbeiterkandidaten sind insofern von Bedeutung, weil hier zum ersten Male überhaupt ein Arbeiterkandidat aufgestellt wurde. Gegen den bisherigen Vertreter dieses Wahlkreises, Poratio Bottomley, der zurzeit eine siebenjährige Zuchthausstrafe verbüßt, hatte bisher keine Partei Aussicht gewählt zu werden.

Das geknickte Auto.

Ein Beitrag zur Zeitgeschichte.

Von Friedrich Wolf.

In dem neuesten Heft der „Glocke“ berichtet der auch als Dramatiker weiteren Kreisen bekannt gewordene praktische Arzt Dr. Friedrich Wolf ausführlich von einem Fall kleinlichster politischer Nachsicht und juristischer Verbohrtheit, den man nicht für möglich halten würde, wenn er nicht aktenmäßig belegt würde.

Als im Jahre 1920 die Arbeiterschaft von Remscheid das im Namen Kapps aufgetretene Freikorps von Wigo aus der Stadt vertrieben hatten, fielen einige Angehörige dieses Korps und irreguläre Bürgerjöhne der aufgeregten Menge in die Hände. Nur mit eigener Lebensgefahr gelang es mehreren Arbeiterführern, zu denen auch Dr. Friedrich Wolf gehörte, diese Gefangenen vor einer vorläufigen Lynchjustiz zu retten. (Man vergleiche hiermit die Mordtat der Marburger Studenten und andere Handlungen der Rechtsgerichte.) Eine nach Remscheid gesandte Regierungskommission unter dem demokratischen Abgeordneten Erkelenz erkannte die Besonnenheit und Mäßigung der Arbeiterschaft ausdrücklich an.

Kaum war die Stadt in Ruhe, so kamen neue Alarmnachrichten: das bayrische Korps Epp rüde zu einer Strafexpedition heran und wolle sich mit dem Kappistenkorps Schulz in Wesel vereinigen. Im Nu stand das ganze Industriegebiet wieder auf. Der zentralen Leitung in Essen ist es zuzuschreiben, daß wilde Aktionen und Streiks verhütet wurden. Diese Leitung wurde dann von der Regierung und ihrem damaligen Kommissar Seneering an den Beratungslisch gerufen; das Bielefelder Abkommen und die freiwillige Abrüstung der Arbeiterschaft waren das Ergebnis. Der Vermittlung der Essener Leitung ist es auch zu danken, daß das Industrie- und Zehengebiet nicht zum Schauplatz wilder Kämpfe wurde, daß Millionen an Werten nicht zerstört wurden. Zu den Sitzungen dieser Essener Leitung wurde der Chronist als Mitglied des Remscheider Volksgauschusses mehrfach abgeordnet. Da keine Züge führen, hat er mit den andern Delegierten eines der Autos, die dem Volksgauschuß zur Verfügung standen, benutzt. Heute, nach zweieinhalb Jahren, erhält er durch das Landgericht Elberfeld folgende Lage: der Firma Bergische Stahlindustrie, Gießerei- und Maschinenbau in Remscheid zugestell:

„Es wird beantragt, das Landgericht wolle die Beklagten verurteilen, an die Klägerin 75 281,47 Mark nebst 4 Prozent Zinsen seit dem Tage der Klage zu zahlen,

Gründe:

Die Beklagten waren Mitglieder des Remscheider Aktionsausschusses, der während der Kappunruhen in Remscheid die tatsächliche Gewalt in Händen hatte. Gestützt auf seine damaligen Machtbefugnisse, hat der Aktionsausschuß einen im Eigentum der Klägerin stehenden Lastkraftwagen und Luxuskraftwagen in Besitz genommen und für seine Zwecke benutzt. Wenn auch die Mitglieder des A. A. bei der Besitzergreifung der Wagen keine unmittelbare körperliche Gewalt angewendet haben, so hat andererseits die Klägerin die Wagen nur unter dem Druck und Zwang der damaligen Verhältnisse, die die Freiheit der Willensbetätigung aufhoben (! Red.), herausgegeben. Ein solcher die Freiheit der Willensbetätigung aufhebender Zwang steht aber der unmittelbaren Gewaltanwendung gleich. (Zur. Wochenchr. 1922.) Mißlingen (!) sind die Kraftwagen der Klägerin mit Gewalt widerrechtlich von dem A. A. weggenommen worden. Für die gemachten Fahrten, Reparaturen, sowie die „Überstunden der Chauffeur“ verlangt die Bergische Stahlindustrie auf dem Weg der gerichtlichen Klage 75 281 Mark.

Das ist so unsinnig für den unjuristischen Menschenverstand und erscheint mir gerade so, wie wenn eine freiwillige Wehr einen Brand löst und der Hausbesitzer nachher Schadenersatz fordert für zwei Fensterheben, die durch den Strahl der Feuerspritze eingedrückt wurden.

Die Bergische Stahlindustrie ist eines der größten Industrieunternehmen Deutschlands; in ihr sind hunderte Millionen investiert. Sie hätte, um die 75 000 Mark zu retten, das Tumultschädengesetz heranziehen können. Aber sie hat nach dem Namen der fünf Arbeiterführer geradezu gefahndet; nach zweieinhalb Jahren! Es kam ihr offenbar darauf an, ein Exempel zu statuieren, Strohfeuer gegen den Wagen zu erteilen. Dies Verfahren ist psychologisch das denkbar Wüchtigste, das sie anwenden konnten. Die Erbitterung, die sie durch diese geschäftliche Kleinlichkeit erzeugt, die Klust, die sie um einige Zoll vertieft, das alles kann ihr bei einem der nächsten Lohnkämpfe und Streikbeschlüsse wesentlich teurer zu stehen kommen als der Erhalt oder Nichterhalt der 75 000 Mark. Beginnerbrauch, wesentlich teurer, als der Kontorverstand eines Syndikus sich träumen läßt. Man vergleiche hiermit die englische Arbeiterpolitik. Unfern Industriellen ist die Pöbe des Arbeiters noch immer eine leere Kull in ihren Berechnungen. Sie sind Krämer, aber keine Politiker keineswegs Realpolitiker!

Ich bestaune diese Kurzsicht, wie ich es während des Kapp-Putsch nicht begreifen konnte, daß Söhne von Arbeitgebern sich einer fremden wildernden Söldnertruppe zur Verfügung stellen, um auf die Arbeiter ihres eigenen Wertes zu schließen. Wir lamentieren über die Verblendung der Franzosen. Machen wir zuerst im eigenen Haus die Augen auf!

Der bedankte Korfanty.

Die strahlende Lichtgestalt Wojciech wird in der polnischen Presse bengalisch beleuchtet. Unser Bromberger Bruderblatt, die „Volkzeitung“, drückt aus dem jetzt forantriebgeisterter „Kurjer“ „Poznansti“ die prasselnden Bewunderungen ab, mit denen dasselbe Blatt vor Jahren Herrn Korfanty jubelte, als er urplötzlich keine Zeitung „Polat“ an die von ihm bis dahin maßlos vertriebene Partei des Staates „Katalist“ verkauft hatte. Das erzählte damals gewaltigen Stank und Herr Korfanty legte sogar sein Reichstagsmandat nieder und behielt nur Diäten und Gesetzgebung in Preußen.

Weiter lesen wir häufig in polnischen Wätern, daß Herr Korfanty mehrfacher Aufsichtsrat französischer Gesellschaften mit Franzosen war. Das französische Kapital erweist sich eben dankbar für die Zuführung der obersteilsten Gruben.

Was schließlich hat dieser wahre Volksmann jetzt sogar das Tapferkeitskreuz der Republik Polen mitfolgendem Schwäben des Generals Graf Szeptycki erhalten:

„An Herrn Abgeordneten Korfanty. Ich habe die Ehre, Ihnen das von Herrn Kriegsminister Sosnowski gegebene Tapferkeitskreuz für ihren ehrenvollen Sieg in Oberschlesien zu überreichen. Bei dieser Ge-

legenheit bitt ich Sie, meine größte Hochachtung und herzlichste Gratulation aus Anlaß dieser ehrenvollen Auszeichnung anzunehmen.

gez. Szeptycki.“

Damit sind nun endlich die Bandenaufrichte und Mäherüberfälle in Oberschlesien mit dem polnischen Staatsimpel feierlich sanktioniert. Der Wahrheit die Ehre!

Englischer Flottenbesuch in der Ostsee.

London, 21. August.

Das 1. Kreuzer-Kampfgeschwader und eine Zerstörerflottille verlassen Sherness zu einer fünfwöchigen Fahrt in die Ostsee. Die Kreuzer Delphi, Dragon und Danzig werden in Riga, Memel und Danzig in der Zeit vom 7.—13. September und die Kreuzer Danae und Dayntlek in Reval, Helsingfors und Danzig in der Zeit vom 8.—13. September eintreffen. Das ganze Geschwader wird sich nach Stockholm, Kopenhagen und Galesborg begeben. Der 4. Sohn des Königs, der Seefahrer Georg, nimmt an der ganzen Fahrt an Bord des Zerstörers Madax, dem Flaggschiff der Zerstörerflottille, teil. Die Zerstörerflottille besteht aus neun Schiffen.

Die Preissteigerung.

Die Katastrophe der Markt wird mit einer überraschenden Geschwindigkeit auf die breiten Massen abgewälzt. Gegen Anfang Mai haben sich die Preise wichtiger Lebensmittel mehr als verdreifacht. Das geht eindringlicher noch als aus den Messziffern für die Lebenshaltung, die im allgemeinen Durchschnittspreise für eine längere Zeit spiegeln, aus folgender Gegenüberstellung von Kleinhandelspreisen der Berliner Zentralmarkthalle am 3. Mai und im Laufe der letzten Woche hervor:

1 Pfd. Rindfleisch ohne Knochen	83—95 Mk.	35—42 Mk.
1 Pfd. Schweinefleisch	95—130 „	38—44 „
1 Pfd. Kalbfleisch	70—110 „	25—41 „
1 Pfd. Hammelfleisch	85—100 „	26—44 „
1 Pfd. Seefisch	18—24 „	8—9 „
1 Ei	8,50—9 „	3,50—4 „
1 Pfd. Schweinefleisch	155—165 „	45—48 „
1 Pfd. Naturbutter	175—185 „	57—64 „
1 Pfd. Margarine	90—116 „	29—38 „

Ein Teil der Preisnotierungen ist heute bereits wieder überholt. So die für Margarine, die mittlerweile auf dem vier-einhalbfachen Stand von Anfang Mai angelangt ist. Aber auch so findet sich in obiger Zusammenstellung keine Ware, deren Preis nicht mindestens verdoppelt wäre, und eine Verdreifachung der Preise innerhalb von nicht ganz 4 Monaten ist keineswegs eine Seltenheit.

Die von den bürgerlichen Parteien stürmisch geforderte Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung sollte billige Preise und reichliche Ware bringen. Sie hat, was wir voraussetzen, nicht reichliche Ware gebracht, dafür aber eine unendliche Verteuerung der Lebensnotwendigkeiten.

Aus den Zahlen spricht das ganze Elend, das Arbeitende und Rentenbesitzer infolge des Marksturzes erlitten hat. Die Forderungen der Gewerkschaften, der Preissteigerung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen Einhalt zu gebieten, bedürfen der raschesten Durchführung. Aber auch Maßnahmen dieser Art werden die

allgemeine Preiswelle nur aufhalten können. Hilfe ist nur dann zu erwarten, wenn zu einem wirksamen Vorgehen gegen Preisausbreitungen eine Politik kommt, die mit dem Aufgebot aller Kräfte auf die Stabilisierung der Markt hinarbeitet. Die jetzt in Berlin anwesenden Vertreter der Reparationskommission haben Gelegenheit, die Minderung der deutschen Leistungsfähigkeit infolge des Marksturzes zu studieren. Angesichts der rapiden Teuerung, die die wirtschaftliche Existenz Deutschlands bedroht, werden sie sich dem Schluß nicht entziehen dürfen, daß außer einem Moratorium es noch notwendig ist, den deutschen Finanzen genügend Spielraum zu lassen, um eigene Arbeit zur Sanierung der Markt zu ermöglichen.

Angestelltenkampf in den Seeschiffswerften.

Hamburg, 21. August.

Zwischen den Angestellten der Seeschiffswerften und den betreffenden Arbeitgebern besteht seit vielen Wochen ein erbitterter Streit um die Beibehaltung oder den Fortfall des Reichsstarifvertrages. Durch Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums war die Beibehaltung des Reichsstarifvertrages verfügt worden. Diesen Schiedspruch lehnten die Arbeitgeber jedoch ab und stellten Feststellungsklage bei den zuständigen Gerichten. Eine Tagung innerhalb der Handlungsgehilfenverbände nahm jetzt zu dieser Sachlage in Hamburg Stellung. Die Tagung war von zehn Plätzen mit Seeschiffswerften besetzt. 21 Werftbetriebe waren vertreten. Es wurde beschlossen, den Kampf mit allen Mitteln weiterzuführen, um den Schiedspruch durchzusetzen.

Wulle gegen die Dolchstoßlegende.

In einer Polemik unter der Überschrift: „Selbsterkenntnis“, lesen wir im „Deutschen Abendblatt“ u. a. folgendes:

„Wer aber waren die Repräsentanten, Stützen und Drahtzieher dieses Regimes, das einen schwachen Kaiser und ein allzu vertrauensseliges Volk in einem diplomatisch, wirtschaftlich und militärisch gleich schlecht vorbereiteten Krieg stürzte, und die trotz alledem erfochtenen Siege genialer Heerführer durch eine defaitistische Politik zunichte machte?“

Schwacher Kaiser, vertrauensseliges Volk, diplomatisch, wirtschaftlich und militärisch gleich schlecht vorbereiteter Krieg — wo bleibt da noch der ominöse Dolchstoß der Heimat? Selbsterkenntnis? —

Gute Menschen . . .

In einem einsamen Kartoffelacker in der Nähe Dresdens hat, zufolge der „Dresd. Rundschau“, der Besitzer eine Tafel aufgestellt mit der Aufschrift:

„Gute Menschen stehlen und beschädigen keine Kartoffeln!“

Aber der agrarische Pessimismus muß erleben, daß unter diese Ermahnung zur Brauerei von einem noch braveren Zeitgenossen die Versicherung geschrieben wurde:

„Gute Menschen bezahlen den Zentner mit 600 Mark!“

Womit die Inschrift nur das ergänzt, was die innere agrarische Ueberzeugung am klarsten zum Ausdruck bringt.

Volkswirtschaft.

Seefrachtenmarkt und Versailler Vertrag.

Die Zeit der mächtenhaften Frachtpreise, wie sie während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren in der Seeschiffahrt geherrscht wurden, ist vorbei. Heute liegen die Verhältnisse vollkommen umgekehrt. Statt Mangel an Schiffsraum herrscht Ueberfluß. Die Weltdampferflotte ist von 42,5 Millionen Brutto-Registertonnen Ende Juni 1914 auf 56,8 Millionen angewachsen. Den Löwenanteil an diesem Zuwachs haben die Vereinigten Staaten, deren Dampferflotte um rund 11 Millionen Brutto-Registertonnen zugenommen hat. Auf der andern Seite aber ist der Ueberseeverkehr sowohl was die Beförderung von Passagieren, namentlich aber was den Handelsverkehr angeht, infolge des allbekannten Niederganges der Weltwirtschaft außerordentlich herabgemindert. Einem verhältnismäßig geringen Angebot von Frachtgut steht also ein gewaltig gesteigertes Angebot von Schiffsraum gegenüber. Nach dem Gesetz der Preisregulierung durch Angebot und Nachfrage ist naturgemäß eine wachsende und sehr empfindliche Herabsetzung der Seefrachten erfolgt. Den Umwälzung der Dinge illustrieren zwei kürzlich von englischer bzw. amerikanischer Seite veröffentlichte inbegreifliche Ueberflüsse über die Entwicklung seit 1920. Setzt man den Frachtenstand von 1920 gleich 100, so ergibt sich nach der englischen Ueberflucht für Januar 1921 eine Indexziffer von 46,3, für den Juni des gleichen Jahres eine solche von 42,7, im Januar 1922 sind die Frachten auf 33,0 und im Juli auf 29,8 heruntergegangen. Nach den vom amerikanischen Bundesrat veröffentlichten Angaben haben sich die Frachten für Weizen und Baumwolle von den Vereinigten Staaten nach englischen bzw. Mittelmeer-Häfen folgendermaßen entwickelt:

	Englische Häfen	Mittelmeer-Häfen
Januar 1920	100,0	100,0
Januar 1921	60,7	43,2
Dezember 1921	32,4	32,3
Januar 1922	27,3	32,2
April 1922	27,3	27,1

Entsprechend dem Sinken der Frachten ist natürlich auch ein außerordentliches Herabgehen der für Seeschiffe gezahlten Preise zu verzeichnen. So wurden beispielsweise in England für einen Frachtdampfer von 7500 Tonnen Tragfähigkeit im Juni d. J. durchschnittlich 62 000 Pfund bezahlt, gegenüber 258 750 im März 1920! Auf die Gestaltung der Weltmarktpreise ist die Verminderung der Frachtkosten von wohlthätigem Einfluß gewesen, hat sie doch mit in erster Linie zu ihrem fortdauernden Herabgehen beigetragen.

Auch die Lage der internationalen Schifffahrt bildet also einen sehr guten eindringlichen Anschauungsunterricht für die „paradiesischen“ Zustände im Handelsverkehr zwischen den Völkern, wie sie der Versailler Vertrag geschaffen hat. Nahezu ein Drittel der englischen Flotte liegt in den Häfen und verrottet. Die englischen Werften klagen über zunehmende Auftragslosigkeit. Zehntausende von Arbeitslosen aus der Schifffahrt und der Schiffbauindustrie müssen vom englischen Volke erhalten werden, weil es Frankreich gefällt, sich mit selbstmörderischer Hartnäckigkeit dem endlichen Wiederaufbau der Welt entgegenzustellen. So zeigt es sich auch hier, daß die bisher be-

triebene „Reparationspolitik“ bei weitem mehr kostet, als jemals aus dem Versailler Fondstakt herauszuholen gewesen wäre!

Wiedermärkte.

Hamburg, 22. August.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtviehmarkt, wird mitgeteilt:

Rälbermarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Rg. Lebendgewicht: Doppellender 8000 M., feinste Mastälber 6500—7000 M., mittlere Mastälber 5800—6500 M., geringere Rälber 4500—5500 M., nuchterne Rälber 5000—5800 M. Zufuhr: 1235 Rälber.

Schweinemarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Rg. Lebendgewicht: Beste Festschweine über 250 Pfd. 11 000—11 200 Mk., mittelschwere Ware über 220 Pfd. 10 600—10 900 Mk., gute leichte Ware von 180—220 Pfd. 9800—10 500 Mk., geringere Ware 8500—9500 Mk., beste Sauen 10 600—10 800 Mk., geringere Sauen 9800—10 500 Mk. Zufuhr: 2790 Schweine. Das Geschäft verlief flott zu weiter erhöhten Preisen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 23. August.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	22. August.	21. August.	
Amsterdam	100 fl.	50586,65	45692,80
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	9737,80	8878,55
Kristiania	100 Kr.	22571,75	20424,40
Kopenhagen	100 Kr.	28064,85	25368,25
Stockholm	100 Kr.	34408,90	31061,10
Helsingfors	100 Finn. Mk.	2676,65	2831,80
Rom	100 Lire	5817,70	5303,35
London	1 £	5817,70	5283,40
New York	1 Doll.	1298,85	1168,52
Paris	100 Frs.	10362,—	9963,25
Zürich	100 Frs.	24798,95	22322,05
Madrid	100 Pesetas	20249,65	18927,05
Wien	100 K.	1,58	1,43
Prag	100 K.	8995,—	3545,55
Budapest	100 K.	76,90	67,41

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 22. August: D. Rußland von Rotta in 4 Tg., D. Kronprinz von Rostock in 4 Td., D. Finnland von Wbo in 3 Tg., S. Emma von Burgstaaken in 1 Tg., S. Fortuna von Kiel in 2 Tg., D. Frieda von Sobertelje in 3 Tg., D. Störner von Flensburg in 1 1/2 Tg., D. Gel von Habersleben in 2 Tg., D. Kontreta von Christiania in 2 1/2 Tg. 23. August: D. Gypres von Kolding in 1/2 Tg., D. Martha Palm von Rørd in 3 Tg., D. Volande von Köping in 6 Tg., D. Lübeck von Kopenhagen in 15 Td., S. Alexander von Wiborg in 10 Tg.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Seullektion Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Internat. Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg Druck von Friedrich Meyer & Co., Lübeck in Lübeck.

Ämtlicher Teil.

Zwölfter Nachtrag zu der Verordnung über das öffentliche Personenzufahren in Lübeck vom 10. April 1912.

(Veröffentlicht am 28. August 1922).

Bei Benutzung von Kraftbussen darf bis auf weiteres bei Fahrten in der Stadt und in den Vorstädten das Siebzigfache des in dem dritten Nachtrage vom 30. Januar 1917 zu der oben bezeichneten Verordnung festgesetzten Gesamtfahrpreises oder des vom Fahrpreisanzeiger 3 angegebenen Fahrpreises erhoben werden.

Lübeck, den 22. August 1922. (5959)

Das Polizeiamt.

Handelsregister.

Am 22. August 1922 ist eingetragen 1. bei der Firma Nordisches Erzkontor Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck: Die dem Hans Ludwig Gustav Laugwitz und dem Karl Wilhelm Johann Garms erteilten Gesamtpatenten sind in Einzelpatenten geändert; 2. bei der Firma G. Herrmann, Steffin, Zweigniederlassung Lübeck: Die Patente des Arthur Kummert in Steffin und des Theodor Reimler in Hamburg sind erloschen. An Carl Döhling in Hamburg ist Patente erteilt. (5942) Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Nichtamtlicher Teil.

Nach langem Leiden entschlief gestern nachmittags 2 1/2 Uhr unser lieber Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater **Fritz Vob** im 70. Lebensjahre. In tiefer Trauer Die Kinder. Lübeck, 22. Aug. Segebergstr. 181. Bestattung am Sonnabend 1 1/2 Uhr von der Kapelle des Bornwerfer Friedhofes aus. (5974)

Morgen- oder Tagesmädchen gesucht. (5978) Trendelenburgstr. 111.

Reites, jung. Mädchen 7. Jähr. Knab. nachm. gef. Frau Achilles. (5961) Barfstraße 30 II.

Ein köstl. Omelet sofort **Confiserie** gef. Gr. Burgstr. 24 Dan. Schön

Embl. Zimmer, von Ang. u. A 345 a. d. Gp. (5965)

Stube zu ver. od. 1. Bew. einf. möbl. Zimmer. Ang. u. A 344 a. d. Gp. (5962)

Möchte mein gr. Zimmer geg. eine 2-3-Z. Wohnung tauschen. Ang. u. A 346 an die Gp. (5971)

Grammophon gef. Ang. u. A 347 a. d. Gp. (5977)

2 H. Wintermal zu ver. (5976) Warendorffstr. 6.

Zu ver. 1 Sportkare, 1 altmod. Kinderw. (5967) Meierstr. 22, Gsh.

Echter Teckel u. Zwerg-Pinscher zu verkaufen. (5968) Kottwitzstr. 20 L. 7.

Abhand. gef. im Jirius Corp-Viehof e. d. Reg.-Schirm m. silb. Griff und Monog. Abz. g. g. Belohn. Heilant. Strednig. (5966) Vor Amt wird gewarnt.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend a. G. m. b. H.

Frühkartoffeln Pp. 4.- 30L

Kostmöpfe Stück 1.50 Stk.

Leder Lederasschnitt Ersatzschellen in haltbaren Fabrikanal - die Kammern - C. Grimm Nachf., Lederhandlung und Schabfabrik. (5964)

Visitenkarten fertigt an die Buchdruckerei von Frieß, Meyer & Co.

Dr. A. Ott

Facharzt f. Lungenleiden vertritt am 28. Aug. (5948)

Zahn-Praxis

W. Rylewsky Breite Str. 7, Telefon 1253. Laboratorium ämtlicher zahntechn. Arbeiten, Umarbeiten schlecht sitzender Gebisse, Reparatur, z. Auswärtige Patienten werden nach Möglichkeit an einem Tage fertighandelt. (5952)

+Magerteit+

Schöne volle Körperformen durch unser "Sega" Kraftpulver in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfd. Zunahme. Ganz unerschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankschreib. Preis Karton mit Gebr.-Imm. Mk. 40.- Porto extra. Alleinige Niederlage: **Adler-Apotheke, Lübeck, Ob. Mengstr. 10.** (5949)

Schönheit keine Sommerprossen nur durch **DOERING'S EULEN-SEIFE**

Öffentl. Verpachtung von Säbereien.

Am Dienstag, 29. August d. J., vorm. 9 Uhr, sollen im „Kolosseum“ folgende Säbereien in der Vorstadt St. Jürgen auf die Dauer von 10 Jahren öffentlich meistbietend verpachtet werden: Sand aus der gemeinen Freiheit, zwischen dem vorm. Kosterhof und der Schafbrücke, Parzellen auf dem großen Goldberg, Parzellen in der Heideboppel, Parzellen auf den Koppeln hinter der Kahlhorst, Parzellen am Wege nach Mönthof, Säbereien der früheren St. Petri-Siegelei, Parzellen auf dem Vogelhang, Vogelhangwiesen, Parzelle 10 bei Möttinghof, rechts am Wege, groß 19 a 10 qm, Parzellen in der Schinderhähle, Parzellen hinter Koller's Hof. Als Nachpreis wird der Wert von Roggen ausbedungen werden. Die Bedingungen und Karten liegen im Bureau der Finanzbehörde, Fleischhauerstr. 18, Zimmer 8, zur Einsicht aus. Kleingärten werden von dieser Verpachtung nicht betroffen. Die Finanzbehörde, Abteilung für Stadtgüter. (5937)

Öffentl. Verpachtung von Säbereien.

Am Mittwoch, dem 30. August d. J., vormittags 9 Uhr, sollen in der „Zentralhalle“, Dannewitzgrube 20, folgende Säbereien auf die Dauer von 10 Jahren öffentlich meistbietend verpachtet werden: a) Vorstadt St. Lorenz: Goldberg-Parzellen, Parzellen hinter den Reiterbahnen, Strander-Parzellen, Parzelle 451 Nr. 3323, Ecke der Wendischen und Mühlischen Straße, groß 45 a 51 qm, b) Vorstadt St. Gertrud: Parzelle 1 des Burgfeldes bei Marii, groß 37 a 45 qm, der ehem. Dießige Garten, Parzelle 2/17 qm, Stbl. 12, groß 20 a 25 qm, Areal südlich der Holststraße, an der Seitenablage, Parzelle 2/19 qm, Stbl. 13, groß 37 a 51 qm.

Öffentl. Verpachtung von Säbereien.

Parzellen 24 und 25, Stbl. 2 der Gemarkung Bornwerf, Wiese zwischen dem Giesendamm und dem alten Krustenturm bei Bornwerf, groß 2 ha 77 a 64 qm, Parzellen aus dem Stadigute Karlsdorf, auf dem Hünenlande Nr. IX, Parzellen 24 und 25, Stbl. 4 der Gemarkung Krampeledorf, groß 62 a 21 qm, Parzelle 23, Stbl. 4 der Gemarkung Krampeledorf (Neue Koppel Burg. X), groß 1 ha 92 a 79 qm, Parzellen 1-15 in der Gemarkung Dammersdorf. Als Nachpreis wird der Wert von Roggen ausbedungen werden. Die Bedingungen und Karten liegen im Bureau der Finanzbehörde, Fleischhauerstr. 18, Zimmer 8, zur Einsicht aus. Kleingärten werden von dieser Verpachtung nicht betroffen. Die Finanzbehörde, Abteilung für Stadtgüter. (5968)

Konsumverein für Lübeck und Umgegend, a. G. m. b. H. Hunderte von Verbrauchern sind unserm Verein in den letzten Wochen wieder neu beigetreten. Es ist daher nicht mehr möglich, daß alle Mitglieder dem Personal in den Abgabestellen persönlich bekannt sind. Wir bitten daher den grünen Ausweis oder den Abschnitt der Beitrittserklärung bei jeder Warenentnahme unangefordert vorzuzeigen. Warenabgabe erfolgt nur an Mitglieder und nur gegen Barzahlung. Mit Rücksicht auf die besonders großen Ansprüche an unser Betriebskapital mußten wir die Lagerhalter anweisen, in Zukunft keinen Restposten mehr anzuschreiben. Besonders wichtig ist die Vorlegung des Ausweises in unserer Manufakturwarenabgabestelle Königstraße. Unsere Mitglieder werden gebeten, unsere Anordnungen im Interesse der Genossenschaft zu unterstützen. Ferner machen wir noch darauf aufmerksam, daß Abgabe von Waren nur in den Warenabgabestellen erfolgt. Eine Warenabgabe vom Zentrallager ist ausgeschlossen. (5980)

KROCK Feine Ledervaren **KÖNIGSTRASSE 47**

Alt-Eisen, alte Maschinen Kupfer, Messing, Zink, Blei, Stahln, Späne, Gießbrun. **Alt-Metalle** Kupfer, Messing, Zink, Blei, Stahln, Späne. **L. Lissianski, Lübeck, Obertrave 19.** Kleinhandel. (5967)

Brillanten, Perlen ganze Lager sowie auch lose Ware **Frick, Maffienstr. 2, 1. Etage** (5951)

Bierpreiserhöhung Mit Wirkung ab Donnerstag, den 24. August 1922 erhöht sich im Gebiet der ehemaligen Brauereigemeinschaft der Preis für **Vollbier um 400,- Mk.** für den Hektoliter. (5975) **Verband nordwestdeutscher Brauereien, G. m. b. H.**

Prima Kartoffeln ab Lager, Erste Kreuzweg-Sansastr. In jeder Menge, täglich ab 8 bis 12 u. 3 bis 7. Preis 370 u. 380 Mk. **Kartoffelgroßhandlung Jaster.** (5979)

Frische Margarine weit unter Fabrikpreis. 100.-, 110.-, 120.-, 130.-, 140.- Mk. n. Pfd. **Lübecker Margarine-Centrale** 5965 Holstenstr. 6, Markthalle, Warendorffstraße, Schlutup, Westoer Str. 28, Bad Schwartau.

Zentral-Theater Fernruf 1359. **Ab heute: Salome.** Modernes Drama in 6 Akten von Robert Heymann. In der Hauptrolle: **Wanda Treumann und Ferdinand Bonn.** **Die Geheimnisse von New-York** (Der verschwundene Bankier). Ein Erlebnis des Detektivs Little Play in 4 Akten. **Jungmädchenstreich.** Lustspiel in 4 Akten mit Henry Bender. **Spielzeit ununterbrochen von 4-11 Uhr.** **Orchesterbegleitung.** **Sonntags 2 Uhr: Große Kinderdarstellung.** Johannisstraße 25.

Konditorei Starke Kaffeehaus Königsstr. 25. Täglich von 10 Uhr früh: **Frisches Gebäck!** **Künstler-Konzert** ab 4 1/2 Uhr nachm. (5950) Lieferung, auß. d. Hause f. schnellste Erledig.

Trocadero. Schlüsselbuden 4. **Wiener Sufi und Seben.** Beginn 8 1/2 Uhr. (5955)

Adlershorst. BALL. Jeden Donnerstag. (5966)

Hedermans Anfang 8.30 Uhr. Der glänzende August-Spielplan. (5969)

Circus CORTY-ALTHOFF Lübeck - Burgfeld. **Montag letzte Vorstellung!** Heute Mittwoch **2 große Vorstellungen 2** 3 und 7 1/2 Uhr. **Nachmittags: Volles Abendprogramm von 20 Attraktionen 20 ohne Pause! 20** **Nachmittags: Kinder halbe Preise.** **Eisenkönig.** (5969) **Abends: 20 Attraktionen 20 ohne Pause! 20** **Pferdezucht!!** Der Eisenkönig wird an einem mit 25 bis 30 Personen besetzten Wagen gefesselt, die Stränge d. Pferde in d. Zähnen haltend, die Wagen m. feinen Zähnen durch d. Manege zieh. **Nach der Vorstellung Straßenbahn am Circus.**

Hansatheater. Heute Mittwoch und folgende Tage abends **7 1/2 Uhr:** Der durchschlagende Erfolg **Alt-Lübeck** (Mit Lübeck's goldne Lied) Ein lustig Spiel in 4 Akten von Hermann Stein und Adolf Steinmann. Musik von Hermann Stein. Für Lübeck bearbeitet von Dir. Ernst Albert. **Schlager - auf Schlager! Lachen! Lachen!** Gäste: **Martha Boursée, Hans Schildt, Adolf Trimborn, Willy Schenk, Dir. Ernst Albert, Henry Vahl, Ella Loeb.** (5960)

Deutscher Metallarbeiter - Verband Verwaltungsstelle Lübeck. **Mitglieder-Versammlung** am Freitag, dem 25. d. Mts., abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. **Tagesordnung:** 1. Vortrag des H. August Haas, Köln über **Die Richtungskämpfe im Deutschen Metallarbeiter-Verband.** 2. Bericht vom Ortsauschuss. Mitgliederbücher sind vorzuzeigen. **Die Ortsverwaltung.** (5972)

Stadttheater Lübeck Mittwoch, 23. Aug., 7.30 Uhr: **Ab. D. Wegen Erkrankung v. Herrn Dr. Reutich nicht** „Fra Diavolo“, sondern „Danz Grilling“. Donnerstag, 24. August: 7.30 Uhr: **Ab. D., Menipegel.** Freitag, 25. Aug., 7.30 Uhr: **Ab. D., Die Stimme von Portici.** Oper von Auber. **Sonabend, 26. August, 7.30 Uhr: Vorst. f. d. Volksbühne: Orpheus u. Eurystheus.** (5964) **Septembervorstellung vom 5.-9. Septbr. Näheres siehe Plakate und Prospekte.**

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 23. August.

Schule und Republik.

Erziehung der Schüler im Geiste der Republik.

Im Volksbotten und von unseren Genossen in der Bürgerschaft ist wiederholt gefordert worden, daß die Kinder in der Schule mehr als bisher im republikanischen Geiste erzogen werden. Wer die Verhältnisse in Lübeck genau beobachtet hat, der weiß, daß besonders in den höheren Schulen der wilhelminische Geist nach wie vor vorherrschend ist. In der Erziehung der Jugend hat sich seit der Revolution wenig geändert. Das ist kein Wunder, wenn man bedenkt, wie hartnäckig weisse Kreise der Lehrerschaft am alten System hängen und jeder notwendigen Neuerung abhold sind. Viele verheerliche die Monarchie und versuchen bei jeder Gelegenheit, die Republik und ihre führenden Männer verächtlich zu machen. Beispiele dieser Art haben wir wiederholt veröffentlicht. Das ist nicht nur in Lübeck, sondern fast überall so.

Dieser Zustand muß beendet werden. Die Erziehung der Jugend im republikanischen Geiste ist eines der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Da ist es zu begrüßen, daß kürzlich auf einer Konferenz, an der der Reichsminister des Innern und der Unterrichtsminister der deutschen Länder teilnahmen, Richtlinien für die Mitwirkung der Schulen und Hochschulen zum Schutze der Republik vereinbart worden sind:

Ueber die staatsbürgerliche Erziehung heißt es darin:

1. In den Lehrbüchern der Geschichte war bisher die politisch-pädagogische Tendenz die Erziehung der Jugend für die monarchische Staatsform. Es ist notwendig, Geschichtsbücher zu schaffen, die — bei strenger Wahrung der geschichtlichen Wahrheit — diejenigen Tatsachen und Zusammenhänge stärker hervorheben lassen, die geeignet sind, das selbständige Verantwortungsgefühl des republikanischen Bürgers in seiner Stellung zu Staat und Gesellschaft zu wecken und zu erziehen. Für die Darstellung der Geschichte der letzten Jahre muß mit amtlicher Unterstützung eine altentworfene Grundlage in knapper Form gegeben werden.

Die Schülerbüchereien sind unter den gleichen Gesichtspunkten einer Prüfung zu unterziehen.

2. Der staatsbürgerliche Unterricht nach Art. 148 der Reichsverfassung ist, sofern es noch nicht geschehen ist, in allen Schulen lehrplanmäßig einzuführen. Brauchbare Lehrbücher sind unter Mitwirkung der Unterrichtsverwaltungen zu schaffen.

3. Die Lehrpläne für die verschiedenen Schulgattungen sind, sofern sie noch stofflich und methodisch die unter 1 genannten Tendenzen vertreten, den neuen Aufgaben staatsbürgerlicher Erziehung anzupassen und methodisch auf die Grundlage der Gemeinschaftsbildung durch das Arbeitsprinzip zu stellen.

4. Bei der Ausbildung der Lehrer ist den stofflichen und methodischen Aufgaben der staatsbürgerlichen Erziehung durch Umgestaltung der Lehrpläne der Lehrerbildungsanstalten ausreichend Raum zu geben. An den Hochschulen sind für die staatsbürgerliche Durchbildung der Akademiker die erforderlichen Einrichtungen zu schaffen. Zur Fortbildung der im Amte stehenden Lehrer für den staatsbürgerlichen und geschichtlichen Unterricht sind, möglichst in Zusammenarbeit mit den Lehrerverbänden, die erforderlichen Einrichtungen zu schaffen.

5. Zur Förderung und Erleichterung der von den Unterrichtsverwaltungen der Länder durchzuführenden Maßnahmen wird beim Reichsministerium des Innern ein Ausschuss aus Vertretern der Landesregierungen, Historikern, Staatsrechtsexperten und Pädagogen gebildet, der bei der Umgestaltung und Neuerschaffung von Lehrbüchern und Lehrmitteln, bei der Einrichtung von Kursen unterstützend, beratend und anregend mitwirkt.

Die Durchführung dieser Maßnahmen setzt einen Lehrkörper in allen Schulen voraus, der sich der verantwortungsvollen Aufgabe eines Jugendrichters und der Pflichten des Beamten eines

republikanischen Staatswesens in gleichem Maße bewußt ist. Der im Beamtenrecht aller Länder geltende Grundsatz, daß der Beamte das ihm übertragene Amt der Verfassung und den Gesetzen entsprechend gewissenhaft wahrzunehmen und durch sein Verhalten in und außer dem Amte sich der Achtung, die sein Beruf erfordert, würdig zu zeigen hat, legt dem Lehrer ganz besondere Pflichten auf. Es genügt nicht, daß er bei Ausübung seiner amtlichen Tätigkeit jede Herabsetzung der geltenden Staatsform oder der verfassungsmäßigen Regierungen des Reiches oder der Länder vermeidet, sondern er hat die Jugend für die Mitarbeit am Volksstaat heranzubilden, sie zur Mitverantwortung für das Wohl des Staates zu erziehen, Staatsgeföhrnung zu wecken und zu pflegen.

Pflicht der Schulaufsichtsbehörden ist es, die Lehrer bei Durchführung dieser Aufgabe mit ihrer ganzen Autorität zu unterstützen, bei etwaigen Verstößen aber unmissverständlich einzuschreiten.

Unvereinbar mit dem Geiste staatsbürgerlicher Erziehung ist jede Beeinflussung der Schüler in parteipolitischen Sinne wie überhaupt die Fernhaltung der Parteipolitik von der Schule eine Selbstverständlichkeit ist. Dazu ist notwendig, daß die Schüler von Vereinigungen ausgeschlossen bleiben, deren Absichten den staatsbürgerlichen Aufgaben der Schule zuwiderlaufen. Die Schulverwaltungen werden daher dem Vereinsleben der Schüler erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, insbesondere auch geeignete Maßnahmen zur Verhinderung derartiger Vereinigungen zu ergreifen haben.

Auch das äußere der Schule, der Wandschmuck der Klassenzimmer, die Gestaltung der Schulfeiern, hat den Anforderungen des neuen Staates Rechnung zu tragen.

Die Herausgabe der Richtlinien ist sehr zu begrüßen. In Lübeck wird ihre Durchführung viel und energische Arbeit fordern. Gleich aus Wert, jeder Republikaner helfe mit!

Staatliche Beihilfen an Lehrlinge des Baugewerkes. Der Reichsarbeitsminister hat durch ein Rundschreiben an die Regierungen der Länder mitgeteilt, daß er aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge 1 Million Mark zur Förderung der Lehrlingshaltung im Baugewerbe zur Verfügung gestellt hat. Die Landesregierungen, denen die Mittel zur Verfügung gestellt werden können, sollen davon ein Fünftel für Werkzeuge (zur Erkennung des Baugewerkes) und ein Fünftel für Sachleistungen an Lehrlinge des Baugewerkes verwenden. Diese Sachleistungen sollen als einmalige Beihilfen solchen Lehrlingen gewährt werden, deren finanzielle Notlage eine Unterstützung notwendig macht. Sie sollen in der Regel 1500 Mark nicht übersteigen und sind durch das örtliche Berufsamt beim Landesregierungsamt zu beantragen. Voraussetzung ist, daß ein ordnungsmäßiges Lehrverhältnis mit Lehrvertrag vorliegt. Die Zahlung solcher Beihilfen an Lehrmeister soll in der Regel ausgeschlossen sein. Die Beihilfen können verwendet werden: zur Lieferung von Arbeitsgerät und als Beitrag zur Beschaffung von Arbeitskleidung, als Zuschüsse an die Eltern für die Kosten des Lebensunterhalts des Lehrlings, als Beiträge zu den Fahrtkosten von und zur Arbeitsstelle, als Beiträge für Unterbringung in Lehrlingsheimen.

Wohlfühl und Einkäufe. Die Markthalle bietet für manche Hausfrau eine notwendige Quelle zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse. Viele Hausfrauen ergreifen beim Einkäufen der Schwere angesichts der „gefallenen“ und „gepfifferten“ Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Die Waren sind schon vorher reichlich gewürzt, ehe sie in den Kochtopf kommen. Alle Gemüsesorten stehen hoch im Kurs, die „Schmelze“ fehlt ganz oder steht fast unerreichbar im Preise. Ein Teil des Marktvorkaufs wickelt sich bereits in der frühesten Morgenstunden ab. Dort werden die ankommenenden Gärtner, die schon mit preisgezwungenen Mienen eintriften, von den Händlern empfangen. Dort wickelt sich ein Teil jenes Vorganges ab, der sich dann auf dem Markte und in seiner Fortsetzung in den Läden in den „gepfifferten“ Preisen

zeigt. In Preisen, die die „angenehmen“ Eigenschaften haben, recht häufig das Angezogene zu wecheln. — Was aus Gemüsen zubereitet, gilt für andere Produkte ebenfalls. Die Butter steigt unerreichbar hoch. Das Pfund 190—200 Mark. Wer weiß, wie lange sie auf dieser stolzen Höhe bleibt, jeder will sie noch weit höher hinauf. Es wäre für die Butterproduzenten doch sehr einfach, wenn sie ihre Preise konsequent nach dem Stande des Dollars festsetzten. Sie brauchen sich mit Rechnen nicht allzuviel anzustrengen und die Butter bliebe in ansehnlichen Kreisen. Selbstverständlich müßten die Leute, die nach dem Dollarkurs ihre Waren zu verkaufen suchen, sich auch dazu bequemen, die Leistungen anderer in dieser Weise zu bewerten. Dagegen sträuben sie sich aber ganz gewaltig. — So liegen sich die trüben Bilder in mannigfaltiger, nur nicht das Leben breiter stimmender Weise, vermehren. Es ist keine Lust, aber ein Kreuz zu leben und man die Hausfrau schaut gramvoll der nächsten Zukunft entgegen. Das Elend der Zeit trifft die Menschen verdrückt, lebensfröh sind nur die Schieber und Wucherer...

Der verfolgte Christus.

Wie die Süb.-Anz. berichtet, hat die Leitung der Deutschen Gewerkschau in München Sonnabend mittag aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit die Bombardierung vorläufig geschlossen, weil das Christusbild (von Gies) in ihr, das auch schon in Lübeck auf viel Widerspruch stieß, viele Besucher zurückließ, und weil die Forderung nach seiner Entfernung in Kundgebungen religiöser Vereinigungen und erst kürzlich in einer öffentlichen Massenversammlung der nationalsozialistischen Partei erhoben worden war. Es mag dabei auch die Rücksicht auf den bevorstehenden Katholikentag maßgebend gewesen sein. Das Blatt knüpft an diese Meldung die Note, es sei bemerkenswert, daß die neuerliche Ablehnung des Gies'schen Kreuzbildes im Bayernlande passierte. Sei doch in Lübeck von Bewunderern des Wertes wiederholt darauf hingewiesen worden, daß seine Formensprache süddeutscher, besonders bayrischer Volkskunst entsprossen sei. Und nun wolle auch das süddeutsche Volk nichts von diesem Gebilde wissen. — Das Werk von Gies stellt bekanntlich den Leidenstörper des Kreuzigten in seinem quälendsten Schmerz dar und bricht mit der überkommenen mittelalterlichen, süddeutschen Verformung des Gottesjohannes. Der Kreuzigungsaltar als Kriegerehrenmal im Dom gedacht und wurde hier von bigotten Strolchen geschändet. Es ist von hervorragenden Sachverständigen als Kunstwerk anerkannt worden. Das Neue, höchste Seelenqual Ausdrucksgebende wollten die Frömmlichen nicht wahr haben. Daß nun in Bayern eine Bewegung gegen den Kreuzigungsaltar inszeniert wird, wundert uns nicht. Denn fanatischer Katholizismus und orthodoxer Protestantismus sind in ihrem Kern und in ihrer Endwirkung gleich. Aber das ist es nicht, was uns zur Kennzeichnung dieser Bilderstürmer zwingt. Der Grund liegt darin, daß die Süb.-Anz. die nationale sozialistische Partei als Kronzeugen für die Ablehnung des Gies'schen Wertes anführt. Jeder Eingeweihte weiß, daß die nationalsozialistische Partei eine Abart der Deutschpolitischen ist, die wieder mit den Deutschnationalen alliiert sind. Mit Sozialismus haben die Deutschsozialisten ebenwomöglich gemein, wie die Süb.-Anz. vom Sozialismus verstehen. Die Nationalsozialisten sind aus Preußen importiert, hauptsächlich in München anlässlich, wo sie sich alle Mühe geben, das Reich zu vernichten. Sie pflegen den Kriegsgedanken vornehmlich und das kann man es leicht verstehen, wenn sie den Dulder und Friedensfreund in seinem Weltenschmerz nicht sehen können. Das sind die Gelben, die gern andere für ihre selbsttätigen und herrschsüchtigen Zwecke zu Krüppeln stehen lassen. So sieht deren „Christentum“ aus. In Wirklichkeit ist es ordinärste Blasphemie.

Konjunkturliches. Der Senat hat den zum Generalkonful der Republik Liberia ernannten Momolu Massaquoi in Hamburg auch für das Lübeckische Staatsgebiet anerkannt und zugelassen.

Gehaltsbewegung der Kaufm. Angestellten im Kleinhandel. Wie uns mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen über die Festsetzung der Gehälter für August nunmehr abgeschlossen worden. Die neuen Tarifverträge sind bei den Angestelltenverbänden zu haben.

Der Landvogt von Greifensee.

Von Gottfried Keller.

11. Fortsetzung.

Landolt aber war so betört, daß ihm das Schuldenverzeichnis des schönen Lebens, als er das Büchlein sorgfältig in seiner Brusttasche verwahrte, ein so süßer köstlicher und anmutiger Besitz schien, wie kaum das Vermögensinventar einer reichen Frau; er liebte alles, was auf dem Negliger stand, die Kosen, die Spitzen, die Hüte, die Federn, die Fächer und die Handschuhe, und selbst die Näheren erwarteten nur seine Gelüste, das reizende große Kind mit dergleichen selbst einmal füttern zu dürfen.

Als er sich verabschiedete und bald wieder von sich hören zu lassen versprach, schaute sie ihm mit zweifelnden Blicken an, da ihr nicht deutlich war, wie es werden sollte. Doch war sie heiterer geworden und leuchtete ihm selbst mit dankbarem Wesen bis unter die Haustüre, wo sie mit einem freundlich gelächelten „Gute Nacht“ vollständig die Oberhand gewann über den Stadtrichter. Sie stieg langsam und gedankenvoll, letzteres vielleicht zum erstenmal die Treppe wieder hinauf und schlief, jedenfalls zum erstenmal seit geraumer Zeit, süß und ruhig ein, so daß sie den postierenden Kapitän nicht nach Hause kommen hörte.

Desto weniger schlief Landolt in dieser Nacht und überlegte der Hand, bis die Hähne krächten in den vielen Hühnerhöfen der Stadt.

Da Salomon Landolt noch bei seinen Eltern lebte, und von ihnen abhängig, konnte er höchstens einen Teil der Summe aufbringen, deren es zur Erlösung Wendelgards bedurfte, weil seine Vermögensverwaltung verborgen bleiben mußte, wenn er sich die spätere Verbindung mit dem Leichnamspähnen nicht von vornherein noch mehr erschweren wollte. Dagegen besaß er eine reiche Großmutter, deren Verköhlung er war und die ihm in allerhand Geldmitteln beizustehen pflegte und ein Vergnügen daran fand, es ganz im Geheimen zu tun. Sie hatte dabei die Eigenschaft, daß sie heftig gegen jede Verheiratung des Enkels protestierte, so oft etwa von einem solchen die Rede war, indem er, den sie am besten kannte, dadurch nur unglücklich werden und verkrüppeln würde; denn auch die Mutter behauptete sie, keine je genugsam und wisse wohl, was es ihnen sei. Sie begleitete daher jedesmal ihre Handreichungen und geheimen Zuschüsse mit der vertraulichen Ermahnung, nur zu wenig ausgeben zu denken; und wenn er sich in einer Verlegenheit am Re wanderte, brauchte er nur eine derartige Anspielung zu machen, um des schnellsten Erfolges sicher zu sein.

Nach jezt nahm er seine Zukunft zu der wunderlichen Großmutter und vertraute ihr mit einem verstellten Seufzer, daß er

Partie, welche sich zeige, aus der Not und überhaupt in eine unabhängige Stellung zu kommen. Erichrecht nahm sie die Brille ab, durch die sie eben in ihrem Zinsbuch gelesen hatte, und betrachtete den ungelächelten Enkel wie einen Verlorenen, der sein eigenes Haus in Brand zu stecken im Begriffe steht. „Weißt du, daß ich dich ererbe, wenn du heiratest?“ rief sie, selbst entsetzt über diesen Gedanken; „daß ich dich ererbe, wenn du ein schändliches Heirat eintritt über meine Kisten und Kassen kommt! Und du? Wie willst du denn ein Weib ertragen lernen? Wie willst du es ausfallen, wenn zum Beispiel eine den ganzen Tag liegt? Oder eine, die über alle Welt lästert, so daß dein ehrlicher Tisch eine Stätte der Schmach wird. Oder eine, die immer etwas ist, wo sie nicht und geht, und dazu klatscht während des Kauens? Wie wirst du dastehen, wenn du eine hast, die in den Kaufläden manet, oder die Schulden macht, wie die Gimmeln?“

Der Enkel unterdrückte das Lachen über die letzte Spezies, mit der es die Großmutter so nahe getroffen, und er sagte möglichst ernsthaft: „Wenn es so schlimm steht mit den armen Weibchen, so kann man sie ja um so weniger sich selbst überlassen und man muß sie heiraten, um so retten, was zu retten ist!“

Aufs äußerste gebracht, rief die Freundin ihres eigenen Geschlechts: „Hör' auf, du Greuel! Was ist's, was brauchst du?“

„Ich habe tausend Gulden im Spiel verloren, daran fehlen mir sechshundert!“

Die alte Dame setzte ihre Brille wieder auf, rief ihre Gloriahaube vom Kopfe, wie in ihren kurzen, grauen Haaren zu tragen, und humpelte an den eingelegeten Schreibtisch. Mit Vergnügen sah Landolt hinter der zurückrollenden Klappe die Wunder erscheinen, die dort aufbewahrt wurden, und schon seine Kindheit erregt hatten; eine kleine silberne Weltkugel; einen Ritter auf einem aus Eisenblech geschmittenen Pferde, der trug eine wirkliche silberne und vergoldete Rüstung, die man abnehmen konnte; der Schild war mit einem Edelstein geschmückt und die Federn des Helms emailliert; dann aber ebenfalls aus Eisenblech kunstreich und fein gearbeitet, ein vier Zoll hohes Gelektische mit einer silbernen Senke, welches das Tödelin genannt wurde und an dem kein Knöchlein fehlte.

Diesen irdischen Tod nahm die Alte auf die zitternde Hand und sagte, während das feine Eisenblech kaum hörbar ein wenig klingelte und klapperte: „Sieh her, so sehen Mann und Frau aus, wenn der Spaß vorbei ist! Wer wird denn lieben und heiraten wollen!“

Salomon nahm das Tödelin auch in die Hand und betrachtete es aufmerksam; ein leichter Schauer durchfuhr ihn, als er sich die schöne Gestalt der Wendelgard von einem solchen Gerüste herunterbröckeln vorstellte; wie er aber an die schnelle Flucht der Zeit und ihre Unwiederbringlichkeit dachte, klopfte ihm das Herz so stark, daß das Gesicht ihm rot wurde, und er warf einen der-

langenden Blick auf die Hand der Großmutter, welche jetzt den stets in einem Fache liegenden Barock eine Rolle schöner Doppelvergoldens enthielt und sagte: „Da sind die tausend Gulden! Nun bleib mir aber vom Salze mit allen Heiratsgedanken!“

Zunächst machte er sich nun an den Kapitän Gimmel, den er in der Schenke aufsuchte und befrachte nahm. Er trug ihm vor, wie er von einer dritten Person, die nicht genannt sein wollte, beauftragt und in den Stand gesetzt sei, die unangenehme Angelegenheit der Tochter in Ordnung zu bringen; allein es werde verlangt, daß der Kapitän die Sache in seinem eigenen Namen gesehen lasse, zur möglichen Schonung der Tochter, und es dürfe auch diese nichts anderes glauben, als daß der Vater die Schulden bezahlt habe. In diesem Sinne werde Landolt die Summe, als vom Kapitän herrührend, an amtlicher Stelle einliefern und dafür sorgen, daß dort die Gläubiger in aller Stille befriedigt würden. So werde dem Vater und dem Fräulein jede weitere Verdrießlichkeit erspart sein.

Der Herr Kapitän betrachtete den jungen Mann mit verwunderten Augen, sprach erst von unbedingten Einmischungen und Wahrung seines Hausrechtes und rierte an seinen Degen; als ihm aber Landolt vorstellte, daß man sich sehr für das Fräulein und ihr zukünftiges Wohl interessiere, welches von einer kühnen Regenerierung der bewußten Sache abhängen könne, und der Kapitän eine gute Versorgung des Kindes zu wittern begann, stellte er das Schwert seiner Ehre wieder ein und erklärte sich mit dem vorgelegenen modus procedendi einverstanden.

Salomon Landolt führte nun das Geschäft mit Vorsicht und Geschicklichkeit zu Ende, so daß die Gläubiger bezahlt wurden. Redermann glaubte, der Kapitän habe sich eines Besseren besonnen, und Wendelgard selbst wußte nichts anderes. Ihr gegenüber gab sich der Vater ein feierliches Ansehen, welches von neuem sie in der Meinung bestärkte, daß er doch ein vermöglicher Mann sein müsse.

Sie war daher keineswegs über die Mäßen erstaunt, und salbunglos, als Salomon, der Geschäftsträger, eines Abends wieder erschien und ihr die quittierten Rechnungen über alle großen und kleinen Schulden in die Hände legte. Das gönnte er ihr jedoch von Herzen und freute sich ihrer gewonnenen guten Haltung, da ihm während der Abwicklung über die Zahl und Art der Schulden doch das eine oder andere Bedenken aufgefallen war, freilich nur mit der Wirkung, daß ihn aufs neue ein Mitleiden mit ihrer unerwarteten Armut erfüllte und die stärksten Wünsche erregte, ihr Schicksal für immer in die feste Hand nehmen zu dürfen. Wendelgard hatte sich in Voraussicht seines Vermögens die letzten Tage noch sorgfältiger als sonst geübt und geschmückt, und auch sie war einer besseren Fassung doch hauptsächlich froh, weil sie vor dem Neiter in der Not nicht mehr so erniedrigt erschien, und zwar aus eigenen Mitteln, wie sie glaubte.

(Fortsetzung folgt.)

Der Millionendiebstahl bei der Post.

Der Täter vor dem Schöffengericht.

Am Dienstag hatte sich der Posthilfsbote Arnold, der, wie wir seinerzeit berichteten, mit 4 Millionen Mark ausgereist war, vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er sollte bekanntlich das Geld, welches von der hiesigen Reichsbankstelle zum Versand nach Wismar ausgegeben war, mit Hilfe eines zweiten Beamten von dem Postgebäude in der Braunstraße nach der Abfertigungsstelle am Markt bringen. Der Angeklagte unternahm den Transport allein. Unterwegs bemerkte er, daß der Beutel des Koffers, in dem das Geld lag, leicht zu öffnen war. Er kam nun auf den Gedanken, den Postbeutel mit den 4 Millionen Mark herauszunehmen und damit zu verschwinden. Der Beutel wurde schnell vertrieben. A. holte den Beutel heraus und verschwand damit in die Rederstraße, kaufte sich hier noch einen neuen Hut und wanderte längs des Elbe-Trauerkanals nach Al. Berthens. Nachdem er hier übernachtet und Kaffee getrunken hatte, ging er am anderen Morgen weiter nach der Donnerstraße. Auf diesem Wege entnahm er seiner Beute einen Tausendmarktschein. Zwischen war der Diebstahl fast überall bekannt geworden. Bei der Donnerstraße machte A. sich durch sein eigenwilliges Benehmen verdächtig. Er wurde dann weiter beobachtet und bald darauf in Mülla verhaftet. Die Beute, die er noch restlos bei sich trug, konnte ihm abgenommen werden.

In der Verhandlung erklärte der Angeklagte, daß er nicht wisse, wie er zu dem Diebstahl gekommen sei. Er hätte im Kriege neben anderen Verwundungen auch einen Knieschuss erhalten und leide heute noch schwer daran. Der ärztliche Sachverständige, Herr Dr. Fiehl, ist der Ansicht, daß A. die Tat in geistiger Umnachtung begangen hat. Dieser wie auch der Verteidiger des Angeklagten traten dafür ein, A. in einer Heilanstalt auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Das Gericht überwies A. zu einer sechsmonatigen Beobachtung in die Heilanstalt Strecknitz.

*

Achtung, Bauarbeiter und Zimmerer! Am Dienstag fanden Verhandlungen über weitere Lohnzulagen für die letzte Hälfte des August statt. Nach langen Beratungen wurde dieses Ergebnis durch die Entlassung der Arbeitgeber erzielt: Nach eingehender Beratung des Antrages der Arbeitervorstände auf sofortige Verhandlung über weitere Lohnzulagen, haben die beteiligten Arbeitervorstände in Anbetracht des für den Monat August gefällten Schiedspruches des Bezirkslohnamtes vom 31. Juli 1922 beschlossen: sofortige Verhandlungen über weitere Lohnzulagen für einen Teil des Monats August nicht zu führen. Die Arbeitsvoraussetzungen sind herabgesetzt, die veränderten Verhältnisse bei den Ende August zu führende Verhandlungen über die September-Lohn zu berücksichtigen. Des weiteren wurde beschlossen: Die erlösten Zulagen treten mit dem 24. August in Kraft. Das Bezirkslohnamt sagt am 28. August in Kiel. Der Reichstarbeitervertrag ist am 1. August in Kraft getreten. Mit dem heutigen Tage, dem 28. August, werden gemäß Paragraph 9 des neuen Vertrages Ferien gewährt, vom gleichen Tage werden die Regenstunden als abgerechnet erklärt.

Die Vorstände der Bauarbeiter und Zimmerer.

J. A. A. Kleinfeld.

Zur Forderung nach Managel. Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, haben die Margarinefabrikanten den Großhändlern mitgeteilt, daß von der befallenen Ware nur ein Drittel geliefert wird und dieses auch nur gegen Vorauszahlung.

Krankheiten der Kartoffelfelder. Die Hauptstelle für Pflanzung steht uns: Bei der Wichtigkeit der Kleinpartenwirtschaft für die Volksernährung, sei auf folgendes hingewiesen: Die meisten der in diesem Jahre auftretenden Staudenkrankheiten der Kartoffeln werden auf die Nachkommenschaft übertragen. Man achte deshalb sorgfältig darauf, daß man das Saatgut für das nächste Jahr nur von gesunden Pflanzen nimmt. Da man in Kleingärten nicht ganz gesunde Stauden vorfindet, so zeichne man sich die zur Nachzucht geeigneten gesunden Pflanzen an und nehme die Saatstoffe nur von diesen. Wenn — wie das häufig der Fall ist — überflüssig kaum gesunde Pflanzen vorhanden sind, so kaufe man sich neues Saatgut, aber möglichst nur von anerkannten Feldern. Man wende sich deshalb rechtzeitig an die zuständigen Landwirtschaftsbeamten, die meist Beratungsstellen ansetzen können. Ferner wende man auch im Kleingarten möglichst einen Fruchtwechsel an und lege auf fast erkrankten Flächen den Kartoffelbau einige Zeit aus, da die Keime einzelner Krankheiten auch im Boden liegen.

pd. Gefährlich wurde aus einem Vorkurschen an der Unterstadt mittels Einbruch ein dort inacember Ministerstiel, ca. 2. 3. 224. — Von der Wauelle in der Haschstraße ist in der letzten Woche ein dunkelblauer, feinerer Arbeitsanzug gestohlen worden.

pd. Ein diebstahl Rinderstänlein. Festgenommen wurde ein Rinderstänlein aus Breitenow, welches ihrer aus Berlin zugekauft, in Trudewände zur Kur weisenden Dienstherrschafthei bierse Schmeisler und Kleidungsstücke in namhaftem Wert gestohlen hatte. Sie hat auch auf vertriebenen anderen Dienststellen mehrere Diebstähle ausgeführt. Ein Teil der Diebstähle konnte wieder herbeigeführt werden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Die Parteizusammenkünfte sind eingetroffen und können im Parteisekretariat abgeholt werden.

Stadttheater. Im Donnerstag-Ab. wird das plattdeutsche Subtil „Kleinmichel“ wiederholt. Freitag wird zum ersten Mal Anders Oper „Stimme von Norrid“ gegeben.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Zur Aufrechterhaltung des Dampfers „Aurea“. Die Lander hat mit der Abdichtung der verschiedenen Öffnungen soweit fertiggemacht, daß bereits am Montag mit dem Auspumpen der Räume begonnen wurde. Sobald das Schiff zum Schwimmen gebracht ist, soll es sofort ins Dock der Aufrechterhaltung geleitet werden, wo man mit der Reparatur beginnt wird. Aus dem Kamin des Schiffes wurde bisher eine große Menge — Ehetragödien. In der Dejnstraße traf eine Ehefrau, als sie ihr Kind von den Händlern abholen wollte, ihren Gatten. Inzwischen haben einander ein Streit, und der Mann verfuhr, vom Balkon aus seine Frau auf die Straße zu werfen, was ihm auch gelang. Die Frau wurde von Umstehenden aufgehoben, doch hat sie anheftend schwere innere Verletzungen davongetragen, so daß man sie ins Städtische Krankenhaus transportierte. — Aus Wismar wird berichtet: In Wismar erfolgt der Steinleger seinen sein Kind und reichte auf seine Frau fünfzehn Schläge ab. Der Richter hat sie der Polizei. Die Frau ist mit leichten Verletzungen davongekommen.

Hamburg. Bedrohende Schließung der Lichtspieltheater. Der Verband deutscher Lichtspieltheater hat an den Senat ein Gesuch gerichtet, die Lichtspieltheater für den August um 50 Prozent zu ermäßigen und ferner eine generelle Preisbegrenzung dieser Sitzer auf 30 Prozent von der Netto-Einnahme zu beschließen. Dies Gesuch wurde abgelehnt, worauf der Verband in einer außerordentlichen Generalversammlung zu der Angelegenheit eine Beschlusse Stellung nahm. Es wurde hervorgehoben, daß angesichts der drohenden Leerung und Preissteigerung auf allen Gebieten der hohe Lebenshaltung nicht mehr getragen werden

kann. Die Theaterbesitzer wären dann gezwungen, einen Eintrittspreis von mindestens 30 Mk. auf dem niedrigsten Platz und in dem kleinsten Theater zu fordern. Die Generalversammlung beschloß einstimmig, die sofortige Kündigung sämtlicher Angestellten und, sofern nicht bis zum Montag eine Verständigung mit den maßgebenden Stellen erzielt worden ist, die Schließung sämtlicher Hamburger Lichtspieltheater. Die eventuelle Schließung soll bei Androhung einer Konventionalstrafe von 100 000 Mark für jedes Theater, das diesen Beschluß durchbricht, durchgeführt werden.

Hamburg. Dreiwütige vor Gericht. Herr Ribberhoff, seines Zeichens deutschnationaler Oberlehrer und M. d. B., hat nach seiner Versicherung keinen Finger gerührt, um nicht an die Front zu kommen. Er hat während des Krieges „beobachtet“. Es gibt nun Leute, vornehmlich solche, die im Kriege auch den Krieg kennen gelernt haben und deshalb das Verhalten des deutschen Mannes Kuno anders einschätzen. Zu diesen Leuten gehört auch Herr Amtsrichter Waage, der in einer Sitzung des erweiterten Vorstandes der deutschnationalen Volkspartei denn auch erklärte Ribberhoff habe öffentlich eine Verurteilung getan, die der Wahrheit nicht entspreche, nämlich er habe nichts getan, um seine Reklamation nach Kriegsende zu bewirken. Darüber war der tapferere Kuno sehr erobert und er forderte Zurücknahme der angelegten Reklamina. Als das nicht gelang erklärte er raschschneidend, er werde W. zu Rechenschaft ziehen. Bald darauf erschien denn auch Herr Dr. Hahse-Klünder, gleichfalls deutschnationaler M. d. B. und Freund und Bundesbruder des Ritters Kuno, im Amtszimmer des Amtsrichters Waage, tat sehr zeremoniell und stellte die Anfrage, ob W. die Verurteilung zurücknehmen wolle. Als er darauf ein „Nein“ erhielt, stellte er die weitere Frage, ob W. bereit sei, seinen Standpunkt mit der Masse zu verteidigen. Darauf gab der Amtsrichter die einzig mögliche Antwort, Ribberhoff habe 1914 Zeit genug gehabt, seinen Waffendrang zu beweisen. Die Minister Hahse-Klünder war damit beendigt: Schluß des Nachspiels war am Dienstag der Saal des Schöffengerichts. In der Verhandlung suchte Dr. Ribberhoff sich von der Bestrafung zu drücken, indem er ausführte, es habe sich nur um eine Anfrage, nicht um eine Forderung gehandelt. Die Staatsanwalt beantragte für Ribberhoff 3000 Mark und für Hahse-Klünder 1500 Mark Geldstrafe, dazu die Kosten des Verfahrens. Das Gericht erkannte demgemäß. Jetzt muß also der Geldbeutel des tapferen Ribberhoff bluten. Immerhin wird er das noch angenehmer finden, als wenn das Duell stattgefunden hätte und statt des Geldbeutels er selbst hätte bluten müssen. Das tut er nicht gern, besonders nicht fürs Vaterland.

Kiel. Beim Fischen ertrunken. Zwei Brüder Göthe aus Friedrichsort fuhrn nachts mit einem kleinen Seeboot auf die Kieler Förde zum Matrosenfischen. Eine Bö brachte das Boot zum Kentern. Einer der Brüder erreichte in zwei Stunden schwimmend das Ufer, der andere ertrank.

Gewerkschaften.

7 1/2 Millionen deutsche Gewerkschaftler. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund gibt die vorläufigen Mitgliederzahlen für das Jahr 1921 bekannt. Im Laufe des Jahres sind aus dem Gewerkschaftsbund ausgeschieden der Verband der Angestellten, der im alljährlichen Einverständnis zum Allgemeinen Freien Angestelltenverband übergetreten ist, und ebenso aus dem gleichen Grunde die Artisten. Durch diese Austritte hat der Gewerkschaftsbund einen Verlust von mehr als 300 000 Mitgliedern erlitten, davon fast die Hälfte weibliche. Abgesehen davon, hat sich die Mitgliederzahl des Gewerkschaftsbundes im Jahre 1921 auf der gleichen Höhe gehalten wie im Vorjahre. Mitgliederverluste einzelner Verbände wurden durch Mitgliederzuwächse anderer Verbände reichlich wettgemacht. Die durchschnittliche Mitgliederzahl des Jahres 1921 betrug etwas über 7 1/2 Millionen Mitglieder, davon 1 1/2 Millionen weibliche. Die Gesamtsumme betrug genau 5 1/2 Milliarden, die Ausgaben 900 Millionen.

100 000 Mitglieder im Zimmererverband. Der Zentralverband der Zimmerer und verwandte Berufsangehörigen Deutschlands hat seinen Sitz in Hamburg hat, zählt jetzt über 100 000 Mitglieder. Er hat damit erreicht, was seit Jahrzehnten erstrebt wurde und woran wir aber nur schwer zu glauben vermögten. Der Erfolg, der erst seit dem Jahre 1919 unter den Lehrlingen ausgenommenen Arbeiter trat, trug nicht wenig zur Steigerung der Mitgliederzahl bei. Der Verband bezweckt die erreichte Höhe seiner stattlichen Mitgliederzahl als eine Etappe zu weiteren Erfolgen.

Der Wiederaufbau in Südbek.

Der einigen Tagen erschien in den Südbeker neuesten Nachrichten ein Artikel von Dr. Bentzien, der heftig gegen die „neue Richtung“ in der Südbeker Sozialdemokratie polemisierte. Wir wiesen die im Ton und in der Sache völlig mangelhaften Angriffe in unserem Dienstags-Vortragsartikel „Südbeker Demokratie“ klar und sachlich zurück. Da der Artikel Bentziens die Bemerkung eines Gewerkschaftsleiters „von der patriotischen Belloffenheit im Jahre 1914“ als besonders kennzeichnend herausgriff, meldet sich heute der Genosse Dreger zum Wort und stellt uns den folgenden Tafsatz als Antwort zur Verfügung.

Unter diesem Titel veröffentlichte am 12. August d. J. der Sekretär der Deutschen Volkspartei, Herr Dr. Bentzien, in der Nr. 17 der „A. N.“ einen Artikel, der mich veranlaßt, einige Ausführungen zu machen, zumal eine Bemerkung von mir als für die heutige Auffassung und Richtung in der sozialdemokratischen Partei kennzeichnend hervorgehoben wird. Zunächst eine Feststellung allgemeiner Natur. In der sozialdemokratischen Partei haben von jeher Meinungsverschiedenheiten geherrscht und wir sind stolz auf diese Tatsache, denn sie doch davon, daß unsere Partei innerlich gesund ist. In diesem Falle von Richtungen zu sprechen, erheben wir zu kurz etwas zu behaupten, was sachlich nicht vorzubringen ist. Es ist deshalb auch falsch, wenn Herr Dr. B. davon spricht, daß der „Großorganisation“ (gemeint ist wohl die Gesamtpartei) die richtige und unsere Bergelassenen angepöbelte Umstellung im Jahre 1918/19 nicht recht gewesen wäre. Es sind auch nicht besondere Kräfte gewesen, sondern durch die Reuebelegung freigebliebenen Stellen und Parteigenossen nach Südbek gekommen, die in Bezug auf die Verbreitung sozialdemokratischer Ideen vielleicht gelegentlich durch Temperament und andere Momente von dem üblichen sich abhoben. Das ist es und für sich kein Schaden, und da ich zu dieser Zeit hinübergekommenen Genossen nicht gehöre, steht es mir am so eher an, diese Tatsache anzuerkennen, ohne in den Verdacht zu geraten, pro domo zu sprechen.

Unnötiglich drängt sich aber doch die Frage in den Vordergrund, ob Herr Dr. B. es nicht etwa von rein physiologischen Standpunkt aus versteht, daß in einer so einschließlichen elenden Zeit für die gesamte Arbeiterbewegung, die, sagen wir einmal, im Nordosten ungeliebten Genossen im Bereich kein müssen. Deshalb kann Herr B. und mit ihm das Bürgerium nicht, daß die politischen Ereignisse im Reich auch bis nach Südbek ihre Auswirkungen zeigen? Es ist noch immer für unser kleines Staatswesen möglich gewesen, wenn die politischen Gegenstände sich in jenem Parlament ansahen und konnte wie irgend möglich sollte von allen Seiten bei Erledigung von sachlicher Angelegenheiten die Politik aus dem Spiele gelassen werden. Ich sage ausdrücklich, es war wie irgend möglich. Sagen wir nun tatsächlich so eng miteinander verbunden sind, weil unter Umständen so klein ist, werden bei der Austragung solcher politischer Gegenstände die politischen Bedürfnisse in Südbek nicht gelassen. Diese aber begreifen mögen die Zeit, in der wir alle leben müssen und

in der wir uns doch so gut wie es möglich ist, auch wohl fühlen wollen. Wir von der Sozialdemokratie haben doch wirklich in beispielloser Weise gezeigt, daß wir bereit sind mit allen Volksgenossen, die guten Willens sind, gemeinsam den Wiederaufbau zu fördern.

Daß in einer Fraktion von 39 Mitgliedern fast immer welche sind, die gelegentlich überstimmt werden, dürfte auch allgemein bekannt sein und nicht Verwunderung auslösen, aber daß von irgend einer Diktatur die Rede sein kann, bildet sich Herr Dr. B. doch nur ein. Rein wirklicher Sozialdemokrat läßt sich eine Diktatur gefallen, vor allem nicht eine Diktatur der eigenen Genossen, sondern er würde zu jeder Zeit bereit sein, aus einer solchen Tatsache die Schlussfolgerung zu ziehen. Bisher zeigt uns ja auch die Geschichte jeder Partei, daß ruhige, sachliche Arbeit nur vorübergehend von der Wortarbeit in den Hintergrund gedrängt werden kann. Aber daß das hier in Südbek bisher schon der Fall war, kann niemand behaupten. Die Beispiele, die Herr Dr. B. angeführt, sind nicht mit dem Maßstab der oberflächlichen Beurteilung zu messen, sondern müssen in Licht der politischen Ereignisse betrachtet werden. Die Amtslatzfrage darf auch nicht so beurteilt werden, wie es Herr Dr. B. tut. Ich erkläre hiermit frei und offen, daß ich in dieser Angelegenheit zur Minderheit der Fraktion gehörte. Das kann mich aber nicht abhalten, den Gründen meiner Parteireue eine gewisse Berechtigung zuzusprechen. Kann sich Herr Dr. B. nicht zu der objektiven Beurteilung des Standpunktes der Mehrheit der Bürgererschaft aufschwingen? Können Sie nicht wenigstens versuchen, zu verstehen, daß, wenn man finanzielle und ideale Gründe dieser Mehrheit würdigt, sie einen Kern Berechtigung haben? Ist die Forderung, ein republikanisches Blatt zum Publikationsorgan der Südbekischen Regierung zu haben, ohne Berechtigung? Ist die Forderung, aus finanziellen Gründen nur einem (und zwar einem republikanischen) Blatt die amtlichen Bekanntmachungen zu geben, in Anbetracht der mangelhaften Finanzlage, nicht zu verstehen? Sind nicht Fehler, die bei der Lösung dieser Frage im Laufe der Zeit begangen, von ausschlaggebender Bedeutung? Ja, ich gehe noch weiter. Wer will es als Aufschwung eines Parteiblattes bezeichnen, wenn wir verlangen als republikanische Partei, daß in den Amtsstuben mindestens ein republikanisches Blatt vorhanden ist? Wer will diese Gründe verurteilen angesichts des Kampfes auf Tod und Leben, den unsere junge Republik um ihre Existenz führen muß? Gerade in Ihren Kreisen, Herr Dr. B., gibt es mancher, dem kein Mittel zu schätz ist, um die Republik zu verderben. Und vom Standpunkt unseres Kampfes für die Republik müssen wir alle diese Erscheinungen betrachten.

Sie, Herr Dr. B., schreiben, daß sachliche Kritik immer möglich sein muß, und werden in demselben Satz selber recht unsachlich, wenn sie von einer Zufallsmehrheit sprechen. Im November v. J. hat die Wählerchaft Südbeks gesprochen und die Mehrheit in unser Parlament geschickt, von der sie sich die Vertretung ihrer Interessen am meisten getraut glaubte. Wer gibt Ihnen da ein Recht von Zufallsmehrheit zu sprechen, wo die Wahlen ordnungsgemäß vor sich gegangen? Sie sprachen von einem Untern der Sozialdemokratie, weil sie nach Ihrer Meinung nur parteigemäß und innenpolitisch denken und handeln kann. Eine solche Behauptung ist zum Lachen, wenn nicht die furchtbare Tragödie des deutschen Volkes ihre Ursachen zu suchen hätte in der sträflichen Unfähigkeit des Bürgertums, die richtigen tichtigen Männer aus seinen Reihen an die ihnen gebührende Stelle zu setzen. Auch Sie, Herr Dr. B., scheinen mir als Parteisekretär nicht an der richtigen Stelle zu sein, denn sonst dürften Sie nicht so von der Sozialdemokratie reden, wie Sie es tun, denn die Beweise gegen Ihre Behauptungen sind zahlreich vorhanden. Das ist auch das Tragische hier in unserm Südbek! Was hat das Bürgertum für Vertreter in die Bürgerchaft entsandt? Persönlich und menschlich alles achtbare Leute, aber als Parlamentarier, als Politiker, ja als Kommunalpolitiker Leute, die vollständig (bis auf wenige Ausnahmen) glänzend versagen. Alljährlich ist heute die Vertretung nachster Privatinteressen in der Bürgerchaft Trampf. Gelingt es uns, so bald wie möglich davon los zu kommen, dann wird unsere Vaterstadt, an der wir doch alle mit Liebe hängen, den Vorteil haben. Deshalb Herr Dr. B., sorgen Sie mit dafür, daß auch in Ihren Kreisen ein schnelleres Sichfinden mit den gegebenen Tatsachen vor sich geht. Nicht nur ein Lippenbekenntnis, daß Sie und Ihre Freunde sich mit den jetzigen Verhältnissen abgefunden haben, genügt heute, sondern wahrhafter Wille. Sorgen Sie aber auch dafür, daß in Zukunft Männer die Größe des Bürgertums in der Öffentlichkeit vertreten, die etwas sind und etwas bedeuten. Reden Sie nicht von Vergewaltigung, nicht von Diktatur, sondern sorgen Sie dafür, daß das Bürgertum sich damit abfindet, daß die Arbeitnehmerschaft nicht mehr Objekt der Gesetzgebung und öffentlichen Gewalt ist, sondern seit 1918 Subjekt, d. h. daß wir uns bewußt sind, verantwortliche Träger des Gesamtwohls zu sein. Sorgen Sie an Ihrer Stelle mit dafür, daß in Ihren Kreisen die Notwendigkeit der Gemäßung von Hilfe an die Arbeitnehmerschaft erkannt wird. Sorgen Sie mit dafür, daß die Führer des Wirtschaftslebens, die doch in Ihrer Partei in erster Linie vertreten sind, der Not der Arbeitnehmer mehr Verständnis entgegenbringen als bisher. Sorgen Sie und Ihre Partei mit dafür, daß die Arbeitnehmerschaft nicht in dem heutigen entsetzlichen Elend verfaßt. Die wirtschaftliche Not in der Arbeitnehmerschaft ist so groß, daß es keine Worte mehr dafür gibt, und nur verständnisvolles Entgegenkommen der Kreise, die Sie, Herr Dr. B., vertreten, kann leidlich Hilfe schaffen. Mögen Ihre Kreise das Gebot der Stunde erkennen und unserer engeren Heimat damit einen unschätzbaren Dienst erweisen. Mögen da und dort Fehler begangen werden, das schadet nichts, das ist unter Umständen besser als Nichtstun, aber erkennen Sie und alle, die es angeht, daß ohne die tätige Mitwirkung der Arbeitnehmerschaft nichts, aber auch gar nichts mehr geschehen kann, wenn nicht die Gesamtheit ungeheuren Schaden erleiden soll. Mögen diese meine Ausführungen, die von einem Manne kommen, der seine Vaterstadt und deren Bewohner einigermassen kennt, von Freund und Feind so verstanden werden, wie sie es sollen, dann haben sie ihren Zweck erfüllt. Alfred Dreger.

Aus aller Welt.

Vor Hunger wahnsinnig geworden. Die 43jährige Witwe Vorberg in Eisleben ist durch Hunger wahnsinnig geworden. Sie liegt in ihrem Wahnsinn zur Polizei und hat die Polizeibeamten, sie zu erschließen. Die Frau wurde nach dem Krankenhaus gebracht, wo sie sich an ihren eigenen Haaren erhängte. Die Bedauernswerte hinterläßt vier Kinder.

Elektrische Kartoffeln. Die Magdeburger Volksstimme schreibt: „Einige hundert Schritte vom Sudenburger Bahnhof entfernt hat ein Magdeburger Industriemerk ein Versuchsfeld für Kartoffelzucht dicht neben der Werkabteilung angelegt. Der anhaltend feuchte und kalte Sommer veranlaßte die Firma die fehlende Sonne durch künstliche Bestrahlung zu ersetzen, wozu sie starke elektrische Birnen benutzte. Verwundert stehen die Arbeiter dieses Stadtteils die Köpfe zusammen, ohne des Rätsels Lösung zu finden. Auch andre Sterbliche raten ob der verwunderlichen Beleuchtung des Versuchsfeldes hin und her. Ueber die Fortschritte der Pflanzen, die zusehends gedeihen, werden von einem namhaften Doktor der Chemie täglich Befundsberichte erstattet und Tabellen aufgestellt, die nachweisen, in welchem Maß das künstliche Licht geeignet ist, die Sonne zu ersetzen und die landwirtschaftliche Produktion zu heben. — Soweit die ironisch gehaltene Zukrift. In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß die Firma also Kohlenknappheit und Rohleerzeugung zum Trost, ihren Morgen Kartoffeln, der durch den Werkswächterdienst hinreichend geschützt ist, vor Dieben wahren will. Wir aber erheben die Frage: Was muß diese Firma verdienen, um so mit dem Gelde herumzuwerfen zu können, und wie gering muß ihr Verantwortungsgefühl gegen die Allgemeinheit entwidelt sein?“